



Mitteilungsblatt

Herbst 2011

Auschwitz-Komitee
in der Bundesrepublik Deutschland e. V.

Vor 25 Jahren ...

... haben sich Esther, Elsa, Marei, Hanne Klatten, Anita Sellenschloh, Hans Frankenthal, Kurt Julius Goldstein, Peter Gingold und viele weitere zur Gründung des „Internationalen Auschwitzkomitees Sektion Bundesrepublik Deutschland und Freundeskreis“ zusammengefunden. Noch im selben Jahr wurde es als „Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland e. V.“ in das Vereinsregister eingetragen.

Was vor 25 Jahren aktuell war, hat bis heute nichts an Bedeutung verloren, nachfolgend Ausschnitte aus dem Aufruf, den Esther am 5. Juni 1986 verschickt hat, und aus der Pressemeldung nach der erfolgreichen Gründungsversammlung am 28. Juni 1986.

Hamburg, den 5.6.86

Einladung zur Gründung des
"Internationalen Auschwitzkomitees Sektion Bundesrepublik
Deutschland und Freundeskreis"
am 28. Juni 1986 in Hamburg, um 15 Uhr im Hamburghaus, Raum 14,
Doormannsweg 12, 2000 Hamburg 20

Lieber Kamerad, Liebe Kameradin,

[...] als Überlebende von Auschwitz und des dortigen „Mädchenorchesters“ gehöre ich dem Vorstand des Internationalen Auschwitzkomitees (IAK) an. In ihm sind alle Länder der Welt vertreten, aus denen Menschen nach Auschwitz gebracht worden sind. Es betrachtet sich als Bewahrer des Testaments der Millionen in Auschwitz Ermordeten und hat in den vergangenen Jahrzehnten eine enorme internationale Arbeit geleistet, damit Auschwitz als Mahnung für alle Zukunft im Bewußtsein der Menschen eingegraben bleibt. Hierzu hat große Bedeutung das Museum in Auschwitz, die Pflege der Gedächtnisstätte Auschwitz-Birkenau und sein Einfluß auf die Gestaltung der Länder-Pavillons, eingerichtet in den ehemaligen Häftlingsblocks im Stammlager Auschwitz, die Wanderausstellung, die vielen organisierten Symposien, Tagungen, Veranstaltungen aller Art in aller Welt, vor allem aber die Begegnung mit den jungen Menschen.

Weil dies für unser Land eine solche Wichtigkeit hat wie für kein anderes auf der Erde, brauchen wir eine Sektion des Internationalen Auschwitzkomitees hier in der Bundesrepublik. Vor allem deshalb, weil sein moralisches Gewicht hier allen zur Seite stehen soll, die den wachsenden Neofaschismus bekämpfen und dazu beitragen, daß hier nie wieder Faschismus und Krieg entstehen kann, und die dazu beitragen wollen, die Gefahr eines atomaren Krieges, der für die Menschheit ein millionenfaches Auschwitz sein würde, abzuwehren. [...]

Ich rechne sehr mit Ihrer/Deiner Teilnahme und Unterstützung und ich würde mich freuen, Sie/Dich dann begrüßen zu können.

INTERNATIONALES AUSCHWITZKOMITEE
Sektion Bundesrepublik

Editorial

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde

„Highlight“ des Jahres 2011 war selbstverständlich Elsa Werners 100. Geburtstag. Die Gratulationsansprache von Detlef Garbe könnt ihr auf den Seiten 12 bis 15 nachlesen.

Vor 25 Jahren, am 5. Juni 1986, wurde das Auschwitz-Komitee gegründet. Den damaligen Aufruf zur Gründungssitzung und die darauf folgende Presseerklärung dokumentieren wir auf den Seiten 1 und 3. Einen Tag später, am 6. Juni 1986, erschien in der FAZ die berühmte Rede von Ernst Nolte, die den Historikerstreit auflösen sollte.

Wenn wir heute das Mitteilungsblatt 2011 in den Händen halten, in dem wir über unsere eigenen Veranstaltungen und Aktionen im vergangenen Jahr berichten und auch einige Aktivitäten befreundeter Initiativen dokumentieren, stellen wir fest: Der Kampf um die Erinnerung dauert an. Maßstab unserer politischen und persönlichen Haltung ist dabei die Erinnerung der Überlebenden und Widerstandskämpfer_innen.

Vor einigen Wochen traf sich das Aktiv des Auschwitz-Komitees in Esthers Wohnzimmer und wir sprachen über unsere gemeinsame Arbeit, viele von uns sind schon vor 25, 20 oder 10 Jahren dabei gewesen. Das viele der

„Alten“ inzwischen gestorben sind, erfüllt uns mit Trauer, aber die Erinnerung an sie gibt uns auch Kraft.

Was uns zusammen hält, ist nicht etwa „ein schlechtes Gewissen“ gegenüber den Opfern, es ist, dass uns die Auseinandersetzung mit Auschwitz und dabei die enge politische Zusammenarbeit und Freundschaft mit den Überlebenden und Widerstandskämpfer_innen Richtlinie für unser eigenes Leben ist, um uns die Frage zu beantworten, was für Menschen wir sein wollen.

Viele kamen zum Auschwitz-Komitee über eine Gedenk- und Bildungsreise in die Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau. Der Termin für die nächste Reise steht fest: Wir fahren vom 1. bis 8. Oktober 2012, wer Interesse hat mitzukommen meldet sich bitte per Brief an unser Postfach (s.u.) oder per Email (auschwitzkomitee@aol.com) bei uns.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass noch irgendjemand nicht versteht, warum das Auschwitz-Komitee in den letzten Jahren den nationalsozialistischen Genozid an 500.000 Roma und Sinti intensiver als früher zum Thema gemacht hat, wenn sie oder er die Rede von Zoni Weiß vor dem Deutschen Bundestag am 27. Januar 2011 auf den Seiten 23 bis 26 gelesen hat. Lest sie!

Ike Büscher

Impressum

Herausgeber: Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland e. V.

Redaktion: Elsa Werner, Ike Büscher (v.i.S.d.P.), Moritz Terfloth

Auflage: 700

Druck: Hein & Co, Hamburg

Satz: Tanja Steinbrück; Korrektorat: Mirko Nottscheid

Das Auschwitz-Komitee trifft sich jeden 2. Dienstag im Monat um 19:30 Uhr im Hamburg-Haus, Doormannsweg 12, 20259 Hamburg, Raum 14. Interessierte sind willkommen!

Redaktionsanschrift:
Auschwitz-Komitee
Postfach 304185
20324 Hamburg

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Auschwitz-Komitees oder der Redaktion wieder.

An unsere Leserinnen und Leser richten wir die Bitte, an der Gestaltung unseres Mitteilungsblattes durch Beiträge und Leserbriefe mitzuwirken.

Spenden für das Auschwitz-Komitee sind immer sehr willkommen (Spendenquittungen werden zugesandt):

Kontoinhaber: Auschwitz-Komitee e. V.
Kontonummer: 601 792 206
Bei der Postbank Hamburg, BLZ: 200 100 20

PRESSEERKLÄRUNG (28. Juni 1986)

Ehemalige Auschwitzer, Angehörige Ermordeter und Bürger, die eine enge Beziehung zum Vermächtnis von Auschwitz haben, gründeten am 28. Juni 1986 in Hamburg das INTERNATIONALE AUSCHWITZKOMITEE, Sektion Bundesrepublik unter Teilnahme von Kurt Goldstein, Präsidiumsmitglied und Sekretär der FIR (Internationale Föderation der Widerstandsorganisationen).

Zur Vorsitzenden wurde gewählt die ehemalige Auschwitzerin Esther Bejerano, Hamburg und zum stellvertretenden Vorsitzenden der ehemalige Auschwitzer Hans Frankenthal, Schmallebenberg.

Das IAK regte zu dieser Gründung an, um sich durch eine Sektion in der Bundesrepublik zu Wort melden zu können. Es gibt kein anderes Land, wo dieses so notwendig ist. Denn von hier sind Nazismus, Krieg und Auschwitz gekommen. Hier fühlt das IAK sich besonders verpflichtet, das Andenken an die Millionen in Auschwitz Ermordeten zu bewahren und mit dem moralischen Gewicht, das dieses Vermächtnis verleiht, allen zur Seite zu stehen, die verhindern wollen, daß ähnliches sich je wiederholen kann.

Die Sektion Bundesrepublik des IAK will dieses Vermächtnis ins Bewußtsein unseres Volkes bringen und

stellt sich zur Aufgabe, über die Verbrechen im KZ Auschwitz, über die Verbrechen und Ursachen des Faschismus aufzuklären.

Es will dazu beitragen, die menschenfeindliche Ideologie und Praxis des Faschismus, Rassismus, des Antisemitismus und der Fremdenfeindlichkeit zu bekämpfen und die demokratischen Rechte und Freiheiten zu verteidigen. Es will mit Seminaren, Diskussionsveranstaltungen und anderen Mitteln besonders Jugendliche gewinnen, Vorurteile gegenüber anderen Völkern abbauen und insbesondere angesichts eines drohenden Infernos den Willen zum Frieden fördern.

Für diese Aufgabe, die sich das IAK Sektion – Bundesrepublik stellt, braucht und sucht sie die Zusammenarbeit mit allen Organisationen, Bewegungen, Initiativen, Lagergemeinschaften wie z. B. der in Hessen tätigen Lagergemeinschaft Auschwitz und Freundeskreis und dem Auschwitzkomitee in Bremen.

Wir rufen die ehemaligen Auschwitzer, Angehörige, Nachkommen und alle, die mit dem Vermächtnis von Auschwitz verbunden sind, auf, der IAK – Sektion Bundesrepublik beizutreten und seine Tätigkeit allseitig zu unterstützen.

Noach Flug (1925-2011)



Wir trauern um unseren Freund und den Präsidenten des Internationalen Auschwitz Komitees (IAK), Noach Flug. Sowohl die persönlichen Treffen mit ihm als auch seine unermüdliche Arbeit für das IAK werden wir in Erinnerung behalten und ihn sehr vermissen.

Viele aus dem Auschwitz-Komitee konnten Noach und seine Frau Dorota bei den Generalversammlungen des IAK kennen lernen. Wir saßen und aßen gerne zusammen und konnten trotz der vielen wichtigen Themen, die er seit seiner Wahl zum Präsidenten 2002 mit uns zu bearbeiten hatte, immer wieder gemeinsam lachen. Unvergessen, wenn er sich mit anderen ehemaligen Häftlingen, seinen ‚Kameraden‘, kurz in einer Andeutung austauschte, etwa zur Frage, wer damals, vor der Verfolgung, in Polen wo engagiert war: „Bund?“ „... Bund!“ „... gut!“, und wieder ein Lachen ...

Danke, lieber Noach, für Deinen Einsatz, Deinen Kampf und Deine offene Herzlichkeit!

Wir sind mit unseren Gedanken bei Dir, liebe Dorota!

Moritz Terfloth

Vergegenwärtigung von Erinnerung

Fragen und Antworten zum Gedenken an die Opfer der NS-Herrschaft

Unter maßgeblicher Mitarbeit unserer Beiratsmitglieder Janne und Katharina findet in diesem Wintersemester an der Uni Hamburg im Rahmen des Allgemeinen Vorlesungswesens eine Vorlesungsreihe statt, die uns eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem ermöglicht, was die langjährige politische Aufklärungsarbeit des Auschwitz-Komitees ausmacht.

In Ansatz und Konzeption stellen sich die Vorträge gegen die verbreiteten Schlusstrich-Interessen, die nationalsozialistischen Verbrechen im öffentlichen Bewusstsein zu historisieren – sie also aus der gegenwärtigen politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung heraus zu nehmen und ihnen einen Platz in der Reihe der abgeschlossenen geschichtlichen Ereignisse zuzuweisen. Es wird versucht, eine aktuelle Bestandsaufnahme zur Wahrnehmung der vielschichtigen Dimensionen der NS-Herrschaft in der deutschen Erinnerungskultur und ihrer Vermittlungsformen vorzustellen. Da es um genau die Auseinandersetzung mit der Frage geht, wie viel Vergangenheit mit unserer Gegenwart zu tun hat, ist es notwendig, sich aus verschiedenen fachwissenschaftlichen Blickwinkeln damit zu befassen, welche gesellschaftlichen und politischen Interessen hinter den unterschiedlichen Interpretationen und Darstellungen der NS-Geschichte stehen.

Die Auseinandersetzung um das individuelle und das kollektive Gedächtnis ist, ebenso wie die Suche nach Wahrheit oder „Authentizität“, eine Frage des politischen und zeitgenössischen Standpunktes. Deutlich wird dies in dem zunehmenden Versuch verschiedener Interessengruppen, Räume des Erinnerns und Gedenkens für Täter zu besetzen. In der Vorlesungsreihe sollen die Fragen gestellt werden:

Wie kann das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus heute aussehen?

Welche Bedeutung und welche Rolle nehmen Erinnerungen an die NS-Herrschaft in der deutschen Gesellschaft aktuell ein?

Welcher Platz wird den Verfolgten eingeräumt?

In welchem Verhältnis steht die Fokussierung auf Opfer in der Erinnerungskultur zu der Auseinandersetzung mit Täterschaft und Schuld im kollektiven Gedächtnis?

Welche Verschiebungen in der politischen und sozialen Wahrnehmung verschiedener Opfergruppen erreichen öffentliche Beachtung?

Welche Bearbeitungs- und Vermittlungsformen der spezifischen Erinnerungen an die Opfer nationalsozialistischer Herrschaft sind denkbar, werden wissenschaftlich erforscht, werden künstlerisch und medial entwickelt und auch praktiziert?

Vor allem auch die Frage, wie eine Gedenkkultur zu gestalten ist, die den Überlebenden des Nationalsozialismus respektvoll und würdig Raum und Stimme gibt, beschäftigt den Bildungs- und Kulturbereich. Es ist unabdingbar und absehbar, dass ihr „Vermächtnis“ in die Hände und Köpfe nachfolgender Generationen gegeben werden muss.

Die Vorlesungsreihe nimmt die gegenwärtigen gesellschaftlichen Debatten um Erinnern und Gedenken im deutschen Kontext auf und will mit der Vorstellung aktueller wissenschaftlicher und künstlerischer Arbeiten zur Erinnerungskultur einen Impuls für die Diskussion und Kreation neuer Konzepte und Perspektiven bieten.

Die Eröffnung der Reihe fand am 18. Oktober mit zwei Vorträgen zur Darstellung und Auseinandersetzung mit Sinti und Roma als Opfer der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik statt. Kathrin Herold (M.A., Kulturwiss., Bremen) und Yvonne Robel (M.A., Kulturwiss., Hamburg) legten dar, wie die Fixierung auf eine einzelne Person aus dem Kreis der Sinti und Roma dazu führen kann, dass der Blick auf die gesamte Gruppe und ihre Verfolgungsgeschichte verstellt wird. Die starke Anziehungskraft, die das Schicksal des Boxers Johann Trollmann offenbar ausübt, lässt ihn zum „Vorzeige-Sinto-Opfer“ werden. Seine individuelle und in vielen Bestandteilen ungewöhnliche Biografie als Boxer, als Einzelkämpfer, als Unbeugsamer, der schließlich doch ermordet wurde, scheint für eine öffentliche Betrachtung der Verbrechen, die an den Sinti und Roma begangen wurden, geeignet zu sein. So wird guten Gewissens auch dieser Opfergruppe gedacht, ohne sich mit ihr weitergehend befassen zu müssen. Kathrin und Yvonne haben an Beispielen gezeigt, dass dies sogar so weit geht, dass Trollmann zwar als Symbol für Widerstand steht, etwa auf einigen Internetseiten, seine Zugehörigkeit zu den Sinti dabei aber völlig in den Hintergrund tritt. Diese Art des scheinbar gutmeinenden selektiven Erinnerns ist – wie die anschließende Diskussion zeigte – auch eine Grundlage für die bis heute andauernde gesellschaftliche Missachtung und Ausgrenzung von Sinti und Roma in Deutschland und Europa. Ihr Leid im NS gilt mit Trollmann als anerkannt, nach wie vor gibt es viel zu wenig darüber hinausgehendes Interesse.

Anschließend vertiefte Ina Busch (M.A., Soziologie, Hamburg) durch eine detaillierte Bildanalyse einer populärwissenschaftlichen Fotoveröffentlichung diesen verheerenden Eindruck der kollektiven Auseinandersetzungsverweigerung bei diesem Thema. Nicht nur, dass die für den angelsächsischen Markt gefertigte Fotoreihe

über das Leben der Roma in Osteuropa zunächst völlig auf einen historischen Hintergrund oder die Erwähnung der nationalsozialistischen Verfolgung verzichtet hat, die für den deutschen Markt nachgefertigte Ergänzung zu diesem Thema verschlimmerte mehr als sie ausglich. Ein kurzer wenig informativer Text, der kaum die wesentlichsten Fakten des Massenmordes nennt, ist bebildert mit Täterfotos. So wird die Leser_in von heute bildlich genau der Blick auf die „Zigeuner“ nahegelegt, der von rassistischen Tätern in der NS-Zeit auf sie genommen wurde. Ein Bild aus einer Verbrecherkartei und ein Bild, das während der rassenbiologischen Forschungen an Hamburger Sinti von den Medizinern als Propaganda-Bild aufgenommen wurde ...

Schon der Auftakt macht deutlich: Ansätze und Fragestellungen der Vorlesungsreihe sind dringend notwendig, um die teilweise immer noch gravierenden Ungleichgewichte in der Frage, wem wie gedacht wird, offen zu legen und zu verändern.

Es ist zu wünschen, dass die gesamte Reihe so informativ, kritisch und motivierend weitergeht.

Moritz Terfloth

Vergegenwärtigung von Erinnerung. Allgemeine Vorlesungsreihe an der Universität Hamburg, Wintersemester 2011 / 2012, 14-tägig, dienstags 18-20 Uhr, Altonaer Platz 1, Raum 250.

Koordination: Prof. Dr. Marianne Pieper, Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Fachbereich Sozialwissenschaft, Lehrstuhl Kulturen, Geschlechter, Differenzen, Universität Hamburg; Prof. Andreas Körber, Fakultät Erziehungswissenschaft, Lehrstuhl für Didaktik der Geschichte und der Politik, Universität Hamburg; Janne-Renate Delin, M.A. Soziologie, Hamburg; Katharina Obens, Dipl.-Psychologin, Berlin.

Termine und Themen:

15. November 2011:

Gedenkkultur in der Einwanderungsgesellschaft – wer gedenkt wem und warum? (Dr. Andreas Hieronymus, Soziologe IMIR – Institut für Migrations- und Rassismuskforschung Hamburg) Geschichte postkolonial denken – Bezugspunkte durch die Erinnerung an den Nationalsozialismus (Jan Breitenstein, Erz.wiss./ Geschichtsdidaktik, Interkulturelles Lernen, Universität Hamburg).

29. November 2011:

„Referenzrahmen des Helfens“ – Forschungsprojekt zur aktiven Hilfe für Juden während des NS und Aspekte der Widerständigkeit (Susanne Beer, Junior Fellow am Kulturwissenschaftlichen Institut [KWI] Essen).

13. Dezember 2011:

„Das lebendige Archiv“. Begegnungen mit Überlebenden (Dr. Reimer Möller, Historiker, KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Hamburg).

10. Januar 2012:

Gedenken als „ein Teil der Zukunft unserer Stadt“ [von Beust]. Erinnerung – Zeit – Raum (Till Telake / Hannes Jaacks, Soziologen, Hamburg).

24. Januar 2012:

Zur Kultur des Widerstands – Vergegenwärtigung deutscher Täterschaft und Gedenken (Thomas Ebermann, Autor und Künstler, Hamburg).

07. Februar 2012

Abschluss: Kritische Reflexion zur Vermittelbarkeit der NS-Geschichte: Möglichkeiten einer Bearbeitung im Bildungs- und Kunstbereich (Prof. Dr. Andreas Körber, Fakultät Erziehungswissenschaft, Didaktik der Geschichte, Universität Hamburg). „Der Zeuge in der Schule“: Eine empirische Studie zur Rezeption von NS-Zeitzeugengesprächen (Katharina Obens, Dipl.-Psychologin, Berlin). Vom „Tüdelband“ bis „ab nach Rio“: neue Formen der Erinnerungsarbeit im DOK-Film (Jens Huckeriede, Autor und Künstler, Hamburg). Re-Konstruktionen und inszeniertes Gedenken in der Theaterarbeit – Beispiele (Christiane Richers, Autorin und Künstlerin, Hamburg)

Berichte aus Verfolgung und Widerstand

Zu unserer traditionellen Veranstaltung zur Erinnerung an den 9. November 1938, am 11. November 2010, hatten wir Steffi Wittenberg, Erna Mayer und Rigoletto Weiß zu einem gemeinsamen Gespräch eingeladen.

Esther eröffnete die Veranstaltung mit der Schilderung, wie sie den 9. November 1938 in Ulm erlebt hat. Sie erinnerte an die besondere Bedeutung des Tages für die seit 1933 kontinuierlich ausgebaute und perfektionierte Verfolgung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung. Sie eröffnete die Berichte unserer Gäste mit dem Hinweis: „Wir sind das Komitee aller Opfer von Auschwitz und sind verpflichtet an die Geschichte aller zu erinnern, die in Auschwitz waren.“

Ike und Moritz moderierten behutsam die sehr persönlichen Berichte der drei sehr unterschiedlichen Zeitzeug_innen aus Hamburg.

Bei Steffi standen antisemitische Verfolgung, die schwierige Flucht mit ihrer engsten Familie nach Uruguay, ihr Leben dort und der Kampf gegen alte und neue Nazis in der BRD nach der Rückkehr 1951 im Mittelpunkt. Souverän und klug beantwortete sie alle Fragen.

Erna erlebte als Achtjährige die Brutalität, mit der dem kommunistischen Widerstand gegen die Nazis begegnet wurde, in ihrer Familie vor und nach der Verhaftung ihres Vaters. Sich an die damalige Situation zu erinnern, war für sie sehr schmerzlich. Aus ihren Erlebnissen hat sie die Kraft gewonnen, sich nach dem Krieg gegen politische Vorurteile zu engagieren, deutlich brachte sie die Notwendigkeit dieser Arbeit bis heute zum Ausdruck.

Für Rigoletto und Robert, der ihn als Sohn aufs Podium



Erna Mayer, Foto: Gudrun Holz

begleitet hatte, bedeutete dieser Auftritt vor großem Publikum eine sehr mutige und große Kraftanstrengung, weil er all die grauenhaften Erlebnisse, die er 1940 als Elfjähriger seit der Deportation mit seiner Familie von Hamburg nach Belzec und seiner Odyssee durch weitere Ghettos und Konzentrationslager erleiden musste, tief in sich verschlossen hatte. Nach der Veranstaltung sagten beide zu Moritz, dass sie froh seien, sich zu diesem Auftritt entschlossen zu haben, der alle berührt und unseren Blick auf die Leiden der Sinti und Roma unter den Nazis aber auch auf ihre fortdauernde Diskriminierung in der Gegenwart geöffnet hat.

Zum Abschluss dieses Abends erfreuten und bewegten uns Esther und Edna mit der Gruppe COINCIDENCE. Wir sind so daran gewöhnt, dass Esther und Edna für uns ihre Lieder singen und damit das Publikum begeistern, dass wir uns gar nicht vorstellen können, wie eine Veranstaltung zum Gedenken an die Pogromnacht ohne sie und COINCIDENCE ablaufen könnte.



V.l.n.r.: Erna Mayer, Ike Büscher, Moritz Terfloth, Rigoletto Weiß, Robert Weiß, Foto: Gudrun Holz

Barbara Terfloth

Gabriel Bach, der Eichmann-Ankläger zu Gast beim Auschwitz-Komitee

50 Jahre nach dem Prozess gegen Adolf Eichmann, den Organisator der Vernichtung der europäischen Juden, haben wir im Januar 2011 Gabriel Bach, den damals 33jährigen israelischen Staatsanwalt, einen der drei Ankläger Eichmanns, eingeladen, um als Zeuge des Prozesses zu berichten. Rechtsanwalt Dieter Magsam und Detlef Garbe, der Direktor der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, saßen mit auf dem Podium.

„Lieber Gabriel Bach ...“

Als Esther Bejarano, die Vorsitzende des Auschwitz-Komitees, unseren Gast dann am 30. Januar mit dieser Anrede im total überfüllten Theater von Lisa Politt und Gunter Schmidt am Hamburger Steindamm begrüßte, war deutlich, warum auch am jetzt 66. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote Armee die Erinnerung notwendig ist. Am Vortag, also am 29. Januar 2011, hatten Neonazis nach Hamburg-Harburg zur Kundgebung aufgerufen unter dem Motto: „Mit kriminellen Ausländern kurzen Prozess machen“. Und ganz in der Nähe der Hansestadt, in Pinneberg, erhält der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Todesdrohungen.

Esther Bejarano appellierte:

„... kämpfen wir für ein friedliches Leben ohne Rassismus und Antisemitismus. Das sind wir den Millionen Opfern der faschistischen Verbrechen schuldig.“

Einige Sequenzen aus dem Dokumentarfilm „Der Ankläger“ (2010) von Frank Gutermuth und Wolfgang Schoen sollten dem Publikum auch die Originalschauplätze des Prozesses zeigen, am Ende auch Eichmann im Gerichtssaal. Ein Moment, den Gabriel Bach später so schildert: „Als Eichmann vor den Richtern und dem Wappen des Staates Israel aufstehen musste und Haltung annahm, bekam ich mehr als jemals zuvor das Gefühl für die Bedeutung unseres Staates. Diese Symbolik erzielte mehr als jede Parade und jeder Leitartikel.“

Und dann folgte Gabriel Bachs sehr persönlicher Vortrag, 75 Minuten, die das Publikum in den Bann zogen. Ein israelischer Staatsanwalt, 1927 in Halberstadt geboren, in Berlin aufgewachsen, Schüler der Theodor-Herzl-Schule am späteren Adolf-Hitler-Platz, der gerade noch mit seiner Familie zwei Wochen vor dem Novemberpogrom 1938 nach Holland fliehen konnte, kurz vor dem deutschen Überfall auf die Benelux-Staaten 1940 gerade noch mit der später versenkten „Patria“ nach Palästina entkam.

Dieser Mann, der nach einem Studium in London als junger Staatsanwalt mit der Eichmann-Anklage betraut

wurde und als juristischer Berater der Polizei neun Monate täglich im Gefängnis mit Eichmann zusammentraf. Dem an diesem Januartag, 50 Jahre nach dem Prozess, die Stimme bricht, wenn er von einem Zeugen aus Ungarn spricht, dem die Familie an der Rampe von Auschwitz entrissen wurde, und der den roten Mantel seiner kleinen Tochter als kleinen roten Punkt in der Menge, als letztes Lebenszeichen seiner Familie verschwinden sah. Gabriel und Ruth Bachs kleine Tochter war damals ebenso alt, die Eltern hatten ihr gerade einen kleinen roten Mantel gekauft. Dieses Bild verfolgt Gabriel Bach bis heute.

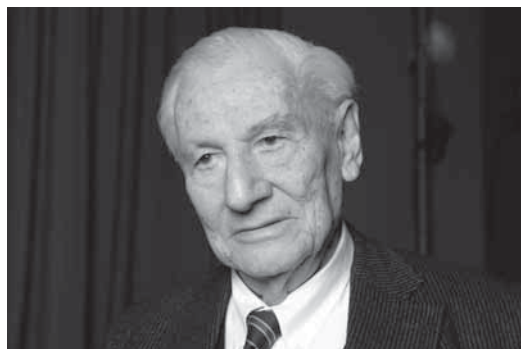
Im Prozess hat er nachgewiesen, dass Eichmann keineswegs nur ein Befehlsempfänger war, sondern einer, der „Führerbefehle hinterging, um noch mehr Juden zu vernichten“.

Noch im Jahr 1956 hatte Eichmann dem niederländischen Journalisten Sassen anvertraut: „Ja, eines tut mir leid – daß ich nicht hart genug war, daß ich nicht scharf genug war, daß ich diese verdammten Interventionisten nicht genug bekämpft habe, und jetzt sehen Sie das Resultat: die Entstehung des Staates Israel und die Wiedererrichtung dieser Rasse dort.“

1962 wurde Eichmann hingerichtet, das erste und einzige vollzogene Todesurteil in Israel.

Auszüge der Veranstaltung sind nachzuhören unter: <http://rehvollte.blogspot.eu/2011/01/30/gabriel-bach-anklager-im-eichmann-prozess-von-1961-und-ehemaliger-richter-am-obersten-gerichtshof-israels-zu-gast-in-hamburg/>

Helga Obens



Gabriel Bach, Foto: Ulrike Schmidt

Lesezeichen gegen Rechts 2011

Am 10. Mai 2011 haben wir wieder gemeinsam aus den verbrannten Büchern gelesen. Aus Büchern und Texten, die im Faschismus nicht gedruckt wurden, aus Büchern exilierter AutorInnen, aus Berichten von Überlebenden und Zeitzeugen. Acht Stunden lang. Der Schauspieler Wolfgang Kaven hat diese Aktion einmal den „Alltag des Nachdenkens“ genannt.

Sie findet statt mitten im Leben, im Park, zwischen spielenden Kindern und Eltern. Genau dort, wo am 15. Mai 1933 NS-Studentenorganisationen und Burschenschaftler die Bücher Andersdenkender verbrannten. Heute ist dieser Ort ein kleiner Hügel, umfriedet von Bäumen, Tafeln bezeugen das Ereignis und benennen einige Hamburger_innen, deren Bücher an dieser Stelle verbrannt wurden. Auf dem ersten Stein sind Heinrich Heines prophetische Worte eingemeißelt:

„Das war ein Vorspiel nur,
Dort, wo man Bücher verbrennt,
verbrennt man am Ende auch Menschen.“

Wir, Leute aus Buchhandlungen, Verlagen, Bibliotheken, Hochschulen, Gewerkschaften, hatten diesen Gedenkort mit unserer Bürgerinitiative erstritten. Drei Jahre hatte das gedauert. Die erste Lesung eröffnete schon 1985 Esther Bejarano, mit dabei waren damals auch schon Peggy Parnass und Abi Wallenstein. Seit 2001



Foto: Helga Obens

organisieren wir nun die Marathon-Lesungen, eine Publikumsaktion, an der sich SchülerInnen, StudentInnen, AutorInnen, SchauspielerInnen und viele Menschen aus Hamburg beteiligen.

In den folgenden Jahren haben wir immer mal wieder neue Formen des Erinnerns ausprobiert: Es wurde gerappt, Graffiti-Künstler arbeiteten zum Thema, wir sind durch die Stadt gezogen auf Plätze, die einen Bezug zu den verbrannten Büchern haben: zu Gotthold Ephraim Lessing auf dem Gänsemarkt, der hier in Hamburg mit

seinem Freund Moses Mendelssohn philosophierte und ihm in „Nathan der Weise“ ein unsterbliches literarisches Denkmal setzte. Wir sind zu Heinrich Heine auf dem Rathausmarkt gezogen und mussten erfahren, dass zu Füßen des großen Dichters, der vor der (deutschen) Zensur nach Frankreich fliehen musste, immer noch kein ruhiger Ort ist: Ein älterer ehemaliger FDP-Senator prügelte auf den Heine zitierenden Rolf Becker ein, empfand Heine-Verse als Störung der öffentlichen Ordnung.

In manchen Jahren haben wir ganz besonders einiger betroffener Hamburger_innen gedacht. Einer war Carl von Ossietzky, 1889 in Hamburg geboren, 1934 in ein Konzentrationslager gebracht, ausgezeichnet mit dem Friedensnobelpreis 1935 (den er nicht annehmen durfte), er starb am 4. Mai 1938 an den Folgen der Haft. Am 25. April 2005 haben wir dazu eine Performance mit dem Filmemacher Jens Huckeriede auf dem Carl-von-Ossietzky-Platz organisiert, unterstützt von der Geschichtswerkstatt und dem Einwohnerverein St. Georg. Der Schauspieler Rolf Becker begann dann aus dem 33 Gedichte umfassenden Zyklus „Sprachgitter“ von Paul Celan zu lesen, während Jens Huckeriede und Max Timm den Platz mit Celan-Texten umschrieben. Viele Monate noch waren die großen blauen Lettern auf dem Platz sichtbar.

Aber immer haben wir auch auf dem Gedenkplatz am Kaiser-Friedrich-Ufer gelesen, von Anfang an mit Unterstützung der Hamburger Bücherhallen und der Gewerkschaft ver.di. Wolfgang Rose, Hamburger ver.di-Vorsitzender, der mit Esther Bejarano die 11. Marathon-Lesung eröffnet hat, sagte: „Es ist beeindruckend und bedrückend zugleich, die Worte der Erinnerung und der Mahnung aus dem Munde der Akkordeonspielerin des Mädchenorchesters in Auschwitz heute wieder zu hören. [...] Neonazistische Umtriebe müssen aktiv bekämpft werden. Und es ist wichtig, an die Orte zu gehen und die Erinnerung konkret zu machen.“

Erstmalig hat auch der Eimsbütteler Turn- und Sportverein, dessen Vereinshaus in Sichtweite zum Platz der verbrannten Bücher liegt, die Marathonlesung unterstützt. In jedem Jahr hoffen wir, dass viele, viele Menschen kommen, die zuhören oder selbst vorlesen: Ein Gedicht, einen Text aus einem der verbrannten Bücher oder einfach vom Lieblingsdichter einen Lieblingstext, der sich mit diesem Thema befasst. Für Kurzentschlossene liegen stets ausgewählte Lesetexte bereit. Einfach nur zuhören kann mensch selbstverständlich auch.

Und – trotz vielfacher widriger Umstände – da war es auch in diesem Jahr wieder: In dieser freien und ungegänkelten Dauerlesung erlebten wir Sternstunden, Lesungen von großer Intensität, von verblüffender Vielfalt, Momente tiefer Gemeinsamkeit und Empathie.

Wir hatten außergewöhnliche Beiträge erwartet: Mit dabei war, wie immer, Rolf Becker, der Hamburger Schauspieler. Steffi Wittenberg vom Vorstand der Hamburger VVN-BdA konnte in diesem Jahr nicht dabei sein, ihr Wunschtext von Erich Fried wurde trotzdem gelesen – stellvertretend vorgetragen von einer Freundin. Conny Kerth, Bundesvorsitzende der VVN-BdA und Hartmut Obens brachten eindrucksvolle Passagen aus Peter Weiß' Flüchtlingsgesprächen zu Gehör. Wolfgang Kaven las, was Bertolt Brecht über Heinrich George geschrieben hat. Die Schauspielerinnen Sylvia Wempner und Ingeborg Kallweit lasen, der unvergleichliche Klaus Robra, Ilse Jacob, Antje Kosemund, Thomas Ebermann,

Pit Goldschmidt, Norbert Hackbusch, die Marx sisters and brothers, um nur einige zu nennen. Ganz besonders beeindruckend: Ulrich Sander aus Dortmund hatte vorgeschlagen, ein Gedicht von Helmuth Hübener vorzutragen. Der 17-jährige Verwaltungslehrling hatte es auf einem Flugblatt zur Jahreswende 1941/1942 veröffentlicht. 2011 wurde nun endlich eine Hamburger Schule nach dem wegen Widerstands Hingerichteten benannt. Seit ein paar Jahren haben wir uns mit der Vers- und Kaderschmiede zusammengetan: Im Polittbüro am Steindamm bereitet Thomas Ebermann szenische Lesungen vor, sozusagen „Welturaufführungen“ zur Erinnerung an die verbrannten Bücher, an die verbannten Ideen. Zur Aufführung kam so eine Inszenierung nach Andres Veiels Dokumentarfilm „Der Kick“.

Helga Obens

Der Kick

Auf dem Programm des AK „Bücherverbrennung – Nie wieder!“ stand für dieses Jahr auch eine szenische Lesung der Vers- und Kaderschmiede am 16. Mai 2011 im Polittbüro. Mit Gila Cremer, Wolfgang Hartmann, Hans Löw und Hilke Rusch, Bearbeitung von Thomas Ebermann und Bertold Brunner.

Der Autor und Regisseur Andreas Veiel hat nach monatelangen Gesprächen und Recherchen in der Uckermärkischen Provinz aus Aussagen und Protokollen eine bühnentaugliche Textcollage zusammengestellt, die die womöglich beste Annäherung an ein Ereignis ist, das sich durch eine einfache Beschreibung des Geschehens kaum angemessen fassen lässt.

Am 13. Juli 2002 töteten drei Junge Männer im brandenburgischen Potzlow den sechzehnjährigen Marinus Schöberl. Der Junge erduldet über Stunden Demütigungen und Qualen, bevor er grausam ermordet und in einer Jauchegrube versenkt wurde. Trotz Mitwissern zog sich die Entdeckung über Monate hin. Das Dorf ringt seitdem um seinen Ruf als „ganz normales Dorf“ und die Öffentlichkeit versucht die Erkenntnis zu vermeiden, dass die Tat massiv von rassistischer, minderheitenfeindlicher und neonazistischer Ideologie geleitet war.

Veiel zitiert den ermittelnden Staatsanwalt: „Aus Sicht der Staatsanwaltschaft kann ich feststellen: Die Täter Marco und Marcel Schönfeld sowie Sebastian Fink hatten ein dumpfes rechtsextremistisches Gedankengut und den unbedingten Willen, das in Gewaltform auszu-

leben. Am Tatabend war weder ein Asylbewerber, ein Jude oder irgendjemand, worauf das Feindbild zutraf, vorhanden. Deshalb musste hier ein Kumpel als Notopfer herhalten, weil den Tätern kein besserer begegnete. Nach unserer Auffassung hat das Opfer Schöberl nach den ganzen Misshandlungen sein eigenes Todesurteil gesprochen, indem er gesagt hat: Ich bin Jude.

Hätte er zu diesem Zeitpunkt gesagt, spinnt hier nicht rum, ich bin doch euer Kumpel Marinus, ich glaube nicht, dass der Tötungsakt dann über die Bühne gegangen wäre. Das ist kein Vorwurf, sondern einfach eine Feststellung. Bevor er sich als Jude bekannte, da geilte man sich – unschöner Ausdruck, aber vielleicht passt er hier – an seinen blond gefärbten Haaren und seinen Hip-Hop-Hosen auf. Der Tötungsakt wurde erleichtert, weil Marinus Schöberl aus Sicht der Täter auf einer niedrigeren geistigen Stufe stand. Man kann in die Reihe der potentiellen Opfer neben Asylbewerbern auch behinderte Menschen einreihen. Und das traf auf das Opfer zu. Marinus Schöberl stotterte, besonders wenn er aufgeregt war.“

Gegen solch nüchterne und das Ungeheuerliche sach-

lich als Realität beschreibende Passagen standen auf der Bühne die Aussagen von Nachbarn, Angehörigen und Bekannten, aber auch der Täter selbst. Doch auch sie haben dem Publikum keine Entlastung verschafft. Entweder lassen sich die Protagonisten in einer beklemmend lakonischen und unbeteiligten Art ein oder es tauchen rührend naive Erklärungsversuche auf, die das Bestreben, es eigentlich nicht wissen zu wollen, in sich tragen.

Vielleicht war es für das Anliegen dieser Bühnenaufführung sogar ein Glücksfall, dass der ebenfalls eingeladene Robert Stadlober leider absagen musste. Dem bestürzten Zuschauer fehlte so noch mehr die Möglichkeit, sich durch die Fokussierung auf einen Schauspielstar von der schwer fassbaren Banalität der Auseinandersetzung mit einem Hassverbrechen zu distanzieren. Es gab kein Entrinnen: Mit nicht hoch genug zu lobender schauspielerischer Disziplin und Glaubhaftigkeit ließen die Darsteller_innen Menschen sprechen, die nichts zu sagen haben, die nichts sagen können, weil sie nicht verstehen, was passiert ist und warum, die deswegen versuchen etwas zu sagen ...

Die bis zum Würgen gehende Beklemmung und Fassungslosigkeit, die diese szenische Lesung zu einem der zahlreichen neofaschistischen Hassverbrechen auszulösen vermag, ist ein dringend notwendiger Kick, die Augen



nicht zu verschließen, nicht wegzuhören und gegen jede Form von altem und neuem Nazismus zu arbeiten. Danke!

Moritz Terfloth

Wiederholungen sind nicht langweilig

Auch im Februar 2011 haben wir wieder im Rahmen der Woche des Gedenkens des Bezirks Hamburg-Nord gemeinsam mit dem Stadtteilbüro Dulsberg und der Initiative Akubudu ein Konzert der Bejaranos und der Microphone Mafia mit der Vorgruppe 56 Boys organisiert, gefördert von der Landeszentrale für politische Bildung und der Bezirksversammlung Nord.



Diesmal war es der 18. Februar, wieder im großen Saal des Kulturhofs Dulsberg ...

Trotz grimmiger Kälte und früher Dunkelheit fanden sich fast genau so viele interessierte Menschen im Alten Teichweg ein, wie im Jahr zuvor. Das Warten im Foyer bei einem kleinen Getränk gab die Möglichkeit, sich das nach und nach eintrudelnde Publikum anzuschauen: Freundinnen und Freunde des Auschwitz-Komitees in allen Altersstufen ebenso wie aus dem Stadtteil kommende. Die offensichtlich ganz jungen Besucher_innen rechnen wir auch der Vorgruppe 56 Boys aus dem Spektrum „Mucke gegen rechts“ zu. Und es ist eben diese besonde-

re Mischung, die diese Konzerte auch zum wiederholten Mal zu einem großartigen Erlebnis machen. Musikalischer Generationendialog!

Wir planen bereits für 2012.

Moritz Terfloth

Per la Vita ist ein ungewöhnliches musikalisches Projekt: Die Auschwitz-Überlebende Esther Bejarano und ihre Familie, die gemeinsam in einer Band spielen, treffen auf die Kölner Rapper Microphone Mafia, die als typische „Jugendliche mit Migrationshintergrund“ im Kölner Arbeiterviertel aufgewachsen sind. Folklore trifft Rap, Orient trifft Okzident und ausdrucksstarke Stimmen treffen auf geniale Musiker – ein musikalischer Urknall mit Stücken, die so vielschichtig wie das Leben selbst und trotz aller Höhen und Tiefen ein uneingeschränktes „Ja!“ zum Leben sind.

(Ankündigungstext für den 18. Februar 2011 im Flyer des Kulturhofs Dulsberg)

Bildquelle 56Boys

<http://a1.ec-images.myspacecdn.com/images02/138/13f6f9bb4e15499aa375db6d85e9ec17/l.jpg>

Keine Freiheit

Am 12. Juli 2011 berichtete das „Hamburger Wochenblatt“ (Nr. 28, „Bürger gegen Rechts-Partei. Mahnwache vor dem Stavenhagenhaus“ von Christian Hanke) über eine Mahnwache im Hamburger Stadtteil Groß Borstel.

Unter anderen hat auch Esther dagegen protestiert, dass sich im örtlichen Stadtteilzentrum, dem Stavenhagenhaus, die Gründung und Versammlungen der Partei ‚die Freiheit‘ abgespielt hatten. Eine Partei, die sich im Rahmen aktuell modischer Populärthemen wie selektive Bildung und Islamophobie hervortut, aber in ihren Thesen und Forderungen kaum bemäntelt rassistisch und völkisch auftritt.

Durch die auch im Foto von C. Hanke festgehaltene Mahnwache, das engagierte und hartnäckige Handeln des Kommunalvereins Groß Borstel und auch durch die Mobilisierung von über 100 Unterstützer_innen konnte erreicht werden, dass ‚die Freiheit‘ künftig nicht mehr im Stavenhagenhaus tagen wird.

Geht doch!

Moritz Terfloth



„Auch Esther Bejarano, Überlebende von Auschwitz (Mitte) engagierte sich gegen die Präsenz der ‚Freiheit‘ im Stavenhagenhaus. Hildegard Springer (r.) hatte zur Mahnwache aufgerufen.

Foto: Hanke“, Bildunterschrift aus „Hamburger Wochenblatt“ Nr. 28.

Unsere zweite Vorsitzende, langjährige Kassiererin und unermüdliche Mitstreiterin Elsa Werner ist 100 Jahre alt geworden.

Sie lud uns alle ein mit den Worten: „Ob ich es will oder nicht will, an der Tatsache, dass ich am 15. Februar 2011 mein hundertstes Lebensjahr vollende, lässt sich nicht rütteln. Es sei denn ich erspare euch und mir das Vergnügen und begeben mich schon vorher auf den Weg in Himmel oder Hölle. Da ich weder an das eine noch an das andere glaube, macht es mir keine Sorge. Allerdings glaube ich nicht, ich weiß, dass man aus drei Pfund Rindfleisch einen Liter gute Brühe machen kann und stelle ich mich darauf ein, euch damit zu bewirten.“

Da Elsa sich selbst um Feier und Einladung kümmerte, blieb es uns vom Auschwitz-Komitee nur noch, an der Feier teilzunehmen und für ein Geschenk zu sorgen, das Elsas jahrzehntelangem Kampf einen klaren Ausdruck gibt.

Zusammen mit der Jüdischen Gemeinde in Hamburg, der VVN-BdA Hamburg und ver.di Hamburg schalteten wir passend zum gerade laufenden Hamburg-Wahl-

kampf in Elsas Sinne eine im Text kurze, aber klare ganzseitige Zeitungsanzeige – verkleinert hier abgedruckt.

Elsas langes und ereignisreiches Leben würdigten in ganz unterschiedlicher künstlerischer und literarischer Art: Die Bejaranos und die Microphone Mafia, Lisa Politt und Gunter Schmidt als Herrchens Frauchen, Rolf Becker, Henning Venske und Jonny Schanz (spontan) als Rezitatoren und Vorträger für Elsas Lieblingstrio Heine, Tucholsky und Kästner.

Detlef Garbe hat sich erfolgreich und mit viel Zuneigung der schwierigen Aufgabe gewidmet, Überblick über ein hundertjähriges Leben in allen seinen Facetten zu geben. Deswegen drucken wir hier Auszüge aus seiner Ansprache ab.

Im Namen des Auschwitz-Komitees und der vielen Gäste sage ich: Danke Elsa!!!

Moritz Terfloth



Foto: Claudia Kruse

Ansprache bei der Feier zum 100. Geburtstag von Elsa Werner

Polittbüro, Hamburg, 20.2.2011

Liebe Freundinnen und Freunde von Elsa Werner,

zwar habe ich schon bei etlichen Anlässen die Pflicht und oftmals das Vergnügen gehabt, Gratulationsansprachen halten zu dürfen, aber gleichwohl, heute ist auch für mich ein ganz besonderer Tag. Es ist nicht nur das erste Mal, dass ich bei einem 100. Geburtstag etwas sagen darf, nein, es für mich überhaupt der erste 100. Geburtstag, den ich in meinem inzwischen ja auch schon etwas fortgeschrittenen Leben mitfeiern kann.

Zugleich muss ich allerdings gestehen, dass ich nicht so ganz überrascht darüber bin, dass dieses „erste Mal“ bei Elsas 100. eintritt. Denn ich weiß noch genau, dass wir beim 95. Geburtstag, der am 15. Februar 2006 gemeinsam mit dem 80. Geburtstag von Steffi Wittenberg im Hamburg Haus Eimsbüttel gefeiert wurde, angesichts der seinerzeitigen prächtigen Konstitution der Jubilarin offen darüber mutmaßten, dass wir uns vielleicht alle in fünf Jahren bei Elsas 100. wiedersehen könnten. Nun ist dieser Traum wahr geworden, wengleich – auch das sei nicht verheimlicht – Elsa nun in den letzten zwei Jahren immer stärker mit den Gebrechen des hohen Alters zu kämpfen hat. Doch sie meistert auch heute noch in ihrer Wohnung am Grindelberg in bewundernswerter Weise ihr Leben, bereichert ihren Freundeskreis und bringt sich noch immer in das politische Geschäft und den Kampf gegen das Vergessen ein, auch wenn die Kommunikation durch das schlechte Hören nun zusehends erschwert ist. Doch Elsa, sei gewiss, auch wenn manches nicht laut genug ausgesprochene Wort heute nicht mehr zu dir dringt, deine Worte finden bei uns Nachgeborenen auch heute noch Gehör. Für deinen Kampf und unermüdlichen Einsatz bis ins hohe Alter hinein schulden wir dir hohen Respekt und größte Dankbarkeit.

Ein Leben von 100 Jahren lässt sich nicht in wenigen Minuten zusammenfassen. Ich will es erst gar nicht versuchen.

Es wäre aber auch deshalb nicht ganz einfach, weil Elsa Werner zu jenen, schwer von der Verfolgung der Nazis betroffenen Menschen gehört, deren Leben zwar von den einschneidenden Leiderfahrungen durch und durch geprägt ist und die es sich nach der Befreiung zur Lebensaufgabe gemacht haben, die Erinnerung an die

Vielen, die nicht überleben konnten, wachzuhalten und gegen die harten Widerstände in der deutschen Mehrheitsbevölkerung das Recht für die Überlebenden einzufordern, die aber, das allgegenwärtige Grauen der Naziverfolgung vor Augen, von ihren eigenen Geschichten kein Aufheben machen. Ich kenne Elsa Werner seit 30 Jahren, doch weiß ich – wie auch andere – nicht sehr viel über ihre jungen Jahre, über ihren Weg in den 1930er und 1940er Jahren. So wie der österreichische Sozialist Hans Schwarz, der als Generalsekretär der Amicale Internationale de Neuengamme jahrzehntelang unter seinen ehemaligen Mithäftlingen die Erinnerungen zusammengetragen und damit den Grundstock für die Erforschung der Geschichte des KZ Neuengamme gelegt hat, aber von dem wir keinen einzigen Bericht über seine eigene Verfolgungsgeschichte überliefert bekommen haben, so legt auch Elsa Werner mehr Wert auf ihren Einsatz für die Interessen anderer, von denen sie im Laufe von über sechs Jahrzehnten sicherlich Tausenden in ihren Antragsverfahren gegenüber den Wiedergutmachungsämtern, Behörden und Stiftungen zur Seite gestanden hat, als auf die Darstellung ihres eigenen Schicksals. Auch wenn wir Historiker und Pädagogen es bedauern mögen, als Zeitzeugin tritt Elsa Werner nicht auf, sie sieht ihre Aufgabe bis heute auf anderem Gebiet. Wir mögen es als Zeichen ihrer angenehm unpräzisen, persönlich zurückhaltenden Art sehen, aber wir können auch erahnen, dass dahinter der Schmerz steht, der mit der Erinnerung verbunden ist.

Ein kurzer Text zum Thema „Meine Visionen im Jahr 1945“, vorgetragen zum 60. Jahrestag der Befreiung, gehört zu den wenigen öffentlichen Äußerungen, mit denen Elsa Werner etwas über ihr Leben mitgeteilt hat. [...] Elsa Werner ist Hamburgerin. Sie ist in materiell schwierigen Verhältnissen in einer zwölköpfigen Familie groß geworden, der Vater war Arbeiter und von katholischer Konfession, die Mutter Jüdin. Als Kind lernte Elsa die große Hilfsbereitschaft der Jüdischen Gemeinde kennen. Doch die ersten Konflikte mit den Nationalsozialisten hatte sie nicht wegen ihrer jüdischen Herkunft, sondern wegen ihres politischen Engagements, das sie zunächst in die sozialistische Arbeiterjugend und kurz darauf in den kommunistischen Jugendverband geführt hatte. Sie stand kurz vor Vollendung des 22. Lebensjahres, als Hitler an der Spitze einer Koalitionsregierung von Nationalsozialisten und Deutschnationalen vom Reichspräsi-

dentem Hindenburg zum Reichskanzler ernannt wurde. Zu dieser Zeit arbeitete sie im Büro des ZK der KPD in Berlin. Es folgte die Illegalität und 1934 dann die Verhaftung und die Anklage wegen Vorbereitung zum Hochverrat. Anders als ihr Bruder Heini, der 12 Jahre KZ-Haft durchleben musste, kam sie jedoch nach halbjähriger Haft dank der Standhaftigkeit der Mitangeklagten, die sie nicht belasteten, wieder frei.

Hier gibt es eine Episode, die Elsa schon das eine oder andere Mal erzählt hat, wohl auch, um uns eine ihrer Eigenarten verständlicher zu machen. Denn als sie einmal während eines Verhörs, so berichtet sie, schwach zu werden drohte, und der Gestapobeamte, der seine Chance witterte, ihr daraufhin eine Zigarette anbot, gab ihr diese Zigarettenpause die Zeit, sich zu besinnen und schweigsam zu bleiben. Augenzwinkernd pflegt Elsa ihrem Bericht dann die Frage hinzuzufügen: „Wie hätte ich je das Rauchen aufgeben können ...?“ So ist jedem noch so wohlmeinenden Versuch, ihr zum Verzicht des Nikotin-Konsums zu raten, völlig die Überzeugungskraft genommen. Und so lässt sie von diesem Laster auch in ihrem 100. Lebensjahr nicht.

Als Ende Oktober 1938 im Rahmen der so genannten „Polenaktion“ etwa 17.000 polnische Juden, denen die Staatsangehörigkeit aberkannt wurde, über Nacht aus dem Deutschen Reich ausgewiesen wurden, begann für Elsa Werner jene Verfolgungsphase, die sich nicht auf ihr politisches Engagement gründete, sondern in der sie dem rassistischen Vernichtungswahn der Nazis ausgeliefert war. Denn zu den Betroffenen zählte auch ihr Lebensgefährte und späterer Ehemann, der aus der gemeinsamen Wohnung abgeholt und gemeinsam mit den anderen von Hamburg aus ins deutsch-polnische Grenzgebiet verschleppt wurde, wo sie wochenlang unter unsäglichen Bedingungen ausharren mussten. Elsa ließ ihn nicht in Stich, folgte ihm nach, blieb an seiner Seite. Trotz unüberwindlicher Schwierigkeiten heirateten sie, Elsa ausgestattet mit einer neuen Identität. Eine Hochzeit als polnische Jüdin nach jüdischem Ritus. Nach dem Kriegsbeginn, in diesen Tagen vor 70 Jahren, flüchteten die beiden in den Teil Polens, der durch die Rote Armee besetzt wurde. Zwei Jahre später, nach dem Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion, gab es kein Entkommen mehr. Beide wurden zur Zwangsarbeit herangezogen, wobei Elsa das Glück hatte, wegen ihrer Sprach- und Stenographie-Kenntnisse als Schreibkraft in einer Zuckerfabrik beschäftigt zu werden. Kurz vor Kriegsende wurde sie nach Theresienstadt gebracht und dort befreit. Auch wenn ich nicht mehr von dir über

diese Zeit zu berichten weiß, so denke ich, dass wir alle, die wir heute Morgen hier im Politbüro zusammengekommen sind, genug von den allgemeinen Zuständen dieser Zeit wissen, um zu erahnen, dass es das pure Grauen gewesen sein muss, für sie verbunden mit dem Schmerz um ihren Mann, der 1942 in der Shoah ermordet wurde.

Elsa kehrte nach Hamburg zurück, suchte und fand zum Glück auch viele Verwandte und Freunde. Auch ihre Mutter gehörte zu jenen wenigen, die überlebt hatten. Zusammen mit ihrer Jugendfreundin Anita Sellenschloh nahm sie die Arbeit auf als Sekretärin von Franz Heitgres, dem Leiter des Komitees ehemaliger politischer Gefangener, der dem ersten von der britischen Besatzungsmacht eingesetzten Senat vom November 1945 bis November 1946 als Senator mit dem Geschäftsbe reich „Amt für Wiedergutmachung und Flüchtlingshilfe“ angehörte. Auch nach dem Ausscheiden von Franz Heitgres aus dem Senatorenamt blieb Elsa Werner im Aufgabenbereich des Amtes tätig. Sie sah in der Hilfe für die Verfolgten, die aus den Gefängnissen, Gettos und Lagern zurückkehren konnten, ihre Aufgabe, auch wenn sie den falschen Begriff der „Wiedergutmachung“ stets ablehnte. Denn wie hätte all das Leid, vor allem aber das geraubte Leben, der Mord an Männern, Frauen und Kindern je „wieder gut gemacht“ werden können. Es ist ein verlogenes Wort, das selbst schon den Geist der Verharmlosung in sich trägt.

Im Rückblick auf ihre Visionen von 1945 angesprochen, antwortete Elsa: „Für mich war es die eines wahrhaft demokratischen Deutschland, eines gerechten, solidarischen Landes, eines friedliebenden Landes, frei von Antisemitismus, frei von Diskriminierung, eines Landes, das die Opfer der NS-Zeit mit Kleidung, Wohnung, Nahrung, mit Wärme umgibt, das versucht, für Schäden aufzukommen, die es angerichtet hatte in Europa.“ Für diese Vision setzte sie sich fortan beruflich und außerberuflich ein, in der Beratungstätigkeit in der Jüdischen Gemeinde ebenso wie in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes. Stets stand bei ihr der Mensch im Mittelpunkt, der Verfolgung und Leid erfahren hatte. Seine Ansprüche auf Unterstützung, auf eine Kompensation für die erlittene Haft, für die geraubte Wohnung, die vernichtete wirtschaftliche Existenz und die zerstörte Gesundheit versuchte sie mit allem Nachdruck durchzusetzen, und erst recht dann, wenn die Ämter sich vor allem in den ersten Nachkriegsjahrzehnten verstockt zeigten, berechnete Ansprüche zurückwiesen und die Betroffenen unter Verweis auf die für sie undurchschau-

baren Regelungen und Ausführungsbestimmungen auszutricksen versuchten, ihnen zum Beispiel auf dem Vergleichsweg alle weiteren Ansprüche nehmen wollten. Elsa fungierte hier als Anwältin der ehemals Verfolgten, durch ihre exzellenten Kenntnisse der überaus komplexen entschädigungsrechtlichen Bestimmungen war ihr nicht so leicht beizukommen. [...]

Was mir besonders bemerkenswert erscheint: Elsa streitet nicht nur für eine spezielle Verfolgtengruppe, nicht allein etwa für die jüdischen Zuwanderer, die oftmals kaum über Unterlagen über die erlittene Verfolgung oder die Flucht vor der deutschen Besatzung verfügen, und auch nicht nur für die Mitglieder ihrer Organisation, der VVN/BdA, nein, sie engagiert sich in gleicher Weise für Verfolgte aller politischen Richtungen und vor allem auch für diejenigen, die zu den so genannten vergessenen Opfern zählen, für die Opfer der Euthanasie ebenso wie für die Roma und Sinti, für die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter ebenso wie für jene, die als so genannte Gemeinschaftsfremde verfolgt wurden. Sie war in den 1980er Jahren eine der Wegbereiterinnen der Hamburger Initiative zur Anerkennung aller NS-Opfer, und nicht zuletzt ihrem Engagement ist es mit zu verdanken, dass es in unserer Stadt zur Gründung der Hamburger Stiftung Hilfe für NS-Verfolgte kam, die für alle jene ehemals Verfolgten Möglichkeiten eröffnete, die von den Bestimmungen des Bundesentschädigungsgesetzes ausgegrenzt geblieben waren – jedenfalls für jene, die in Hamburg wohnhaft und die bedürftig sind. [...]

Elsa Werner hat einmal auf die Frage, ob entsprechend ihrer Vision von 1945 unser Land für die Opfer der NS-Zeit gesorgt und sie entschädigt hat, geantwortet: „Unzureichend. Nach Jahrzehnten endlich die Zwangsarbeiter und das nur auf Druck. Wie viele Opfer warten noch auf Entschädigung? Ich nenne nur Griechenland.“ Ja, der Auftrag, dem sie sich verpflichtet weiß, ist noch nicht erledigt. [...]

Ihren Kampf gegen das Vergessen und gegen solche und andere Zumutungen führt Elsa Werner seit vielen Jahren an der Seite ihrer Freundin Esther Bejarano im Auschwitz-Komitee. Sie ist bei den Veranstaltungen dabei, ergreift das Wort und warnt vor den Gefahren der Geschichtsrelativierung und der Umdeutung der Vergangenheit. Gerade in ihrem Engagement für das Auschwitz-Komitee zeigt sich, dass Elsa ein durch und durch politischer Mensch ist, immer mitdenkend, nicht abseits stehend, sondern mittendrin.

Als politischer Mensch, der seine Visionen nicht abgelegt hat, ist Elsa Werner vielen ein unbequemer Geist, eine Radikale für die Sache der Demokratie, der Gerechtigkeit und des Friedens, eine Streiterin gegen alten und neuen Faschismus. In ihren eigenen Worten klingt dies so: „Konfrontiere ich meine Visionen mit der heutigen Realität, ist das Ergebnis entmutigend. Gewiss, die BRD ist demokratisch – aber wahrhaft demokratisch? Wehrhaft demokratisch? Was für eine befremdliche Demokratie, in der eine Partei in einem deutschen Parlament den Opfern der Shoa eine Gedenkminute verweigern kann. [...] Ist dies Land frei von Antisemitismus – gewiss nicht, wir wissen das. ... Frei von jeder Diskriminierung? Frei von Fremdenfeindlichkeit? Es fehlt immer noch und immer wieder die Zivilcourage, die zur Demokratie gehört. Was also bleibt? Meine Vision war eine Illusion, ganz ohne Frage. Und dennoch: Ich habe die letzten 60 Jahre in diesem Land gelebt und gearbeitet, es kann nicht ganz umsonst gewesen sein, Ich glaube immer noch, auch wenn es schwer fällt, an ein Stückchen Vernunft im Menschen.“ Und an uns Nachgeborene gerichtet, richtet sie den Aufruf: „Ihr seid dran, diese Vernunft am Leben zu halten, die nächste, die übernächste Generation.“

Es sind große, sehr große Fußstapfen, in die wir zu treten haben, wenn wir den Weg von Elsa Werner fortführen wollen und müssen. Zu Recht nimmt sie uns jüngere in die Pflicht, wenn sie uns ihre Vision mit auf den Weg, uns allen diese Aufgabe überträgt. Wir alle wissen, dass ihre Kräfte nach und nach weniger werden. Ich hoffe gleichwohl, dass du über das 100. Lebensjahr, das du jetzt vollendet hast, hinaus uns auch weiterhin noch eine ganze Weile lang zur Seite stehst.

Detlef Garbe

2010

Seit Erscheinen des letzten Mitteilungsblatts hat die Stiftung Auschwitz-Komitee ihre satzungsgemäße Arbeit aufgenommen und bereits am 28. Oktober 2010 konnten drei Gruppen / Initiativen den ersten Hans-Frankenthal-Preis entgegennehmen.

Hans Frankenthal (1926-1999) war seit der Gründung 1986 bis zu seinem Tod stellvertretender Vorsitzender des Auschwitz-Komitees, zugleich Mitglied des Zentralrats der Juden und der jüdischen Gemeinde Hagen sowie der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschist_innen. Als Jugendlicher wurde er mit seinem Bruder nach Auschwitz verschleppt, überlebte die Zwangsarbeit in Auschwitz-Monowitz, im KZ Mittelbau Dora und im KZ Theresienstadt.

Mit dem Hans-Frankenthal-Preis 2010 wurden zwei Initiativen ausgezeichnet, die im Sinne des Auschwitz-Komitees Aufklärungs- und Bildungsarbeit gegen das Vergessen und gegen nationalsozialistische und neofaschistische Bestrebungen leisten: Die Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark e. V. und der Finkenwerder Arbeitskreis Außenlager Deutsche Werft des KZ Neuengamme. Eine nicht dotierte besondere Auszeichnung im Rahmen des Hans-Frankenthal-Preises 2010 erhielt das Projekt „Transfer“ des Vereins Psychosoziale Arbeit mit Verfolgten e. V.



Esther Bejarano, Anja Becker und Ronja Hesse (Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark e. V.), Foto: Ulrike Schmidt

Zu den ausgezeichneten Initiativen:

Die Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark e. V.

In unmittelbarer Nähe zum Frauenkonzentrationslager Ravensbrück wurde 1942 das Jugendkonzentrations-

lager eröffnet. Im KZ Uckermark waren in den Jahren 1942 bis 1945 vermutlich etwa 1200 Mädchen und junge Frauen im Alter von 12 bis 18 Jahren inhaftiert.

Aus einem Netzwerk für die Schaffung eines Gedenkortes an dieser Stelle gründete sich 2006 der Verein „Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark“. Die Initiative verfolgt ein Konzept des Offenen Gedenkens und arbeitet dafür, dass die Bauten aus der Nutzung der GUS-Truppen abgerissen und das momentan verschlossene Gelände mit dem Gedenkort frei zugänglich wird. Unterstützt wird die Arbeit durch ein Archiv, durch jährliche Gedenkfeiern, durch Rundgänge und Bau- und Begegnungscamps.

Finkenwerder Arbeitskreis Außenlager Deutsche Werft des KZ Neuengamme

Der Arbeitskreis erkundet die Ortsgeschichte des Hamburger Stadtteils Finkenwerder während der Nazi-Diktatur. Anlässlich der Einweihung eines Mahnmals für die Opfer des Naziterrors im Dezember 1996 wurde er 1997 gegründet. Der Finkenwerder Arbeitskreis beschreibt seine Arbeit so: „Ziel war und ist es, das gesamte Spektrum der Nazi-Verbrechen an den unterschiedlichen Opfer- und Tätergruppen mit Ortsbezug zu benennen, das damalige gesellschaftliche Umfeld zu reflektieren, widerständige Handlungen und Haltungen aufzuzeigen und Darstellungen in Orts-, Firmen- und Kirchenchroniken der Nachkriegszeit kritisch zu prüfen.“ Die Mitglieder des kleinen Arbeitskreises begleiten Opfer bei der Spurensuche vor Ort, organisieren Rundgänge, insbesondere auch für Schulklassen, laden Referenten ein zu Informationsveranstaltungen zu Zwangsarbeit, Euthanasie und Zwangssterilisation und sammeln durch Aufrufe in der örtlichen Presse und durch Befragung von Ortsansässigen Berichte und Aussagen von Zeitzeugen.

Projekt „Transfer“ des Vereins Psychosoziale Arbeit mit Verfolgten e. V.

Das Projekt „Transfer“ des 1996 gegründeten Vereins hat zum Ziel ein Netzwerk zwischen Hamburg, Minsk und Perm aufzubauen, um einen Austausch und einen Dialog über die Erfahrungen von NS-Verfolgten über die Grenzen und Generationen hinweg zu fördern; Öffentlichkeit über die Situation, die Bedürfnisse und Probleme von NS-Verfolgten zu schaffen; einen Freiwilligenaustausch, die Mobilität und die sozialen Kompetenzen von Jugendlichen aus Deutschland, Belarus und Russland zu fördern sowie die Lebenssituation von NS-Verfolgten und deren Nachkommen zu verbessern.

„Mein Dank an Hans Frankenthal, an Fritz Bringmann, und an all die vielen anderen Kämpferinnen und Kämpfer, [...] ohne die wir hier heute Abend nicht beisammen wären, um Personen und Initiativen zu würdigen, die mit ihrem Tun dafür sorgen, dass die Deutung der Geschichte und somit auch die stets aktuelle Frage, wie wir eigentlich leben wollen, weder den Verbrechern in Uniform, noch den Mördern im Maßanzug überlassen bleibt.“ (Marco Kühnert, Historiker, anlässlich der Verleihung des Hans-Frankenthal-Preises 2011).

Mit dem Hans-Frankenthal-Preis 2011 wurden drei Initiativen ausgezeichnet:

Das Wohn- und Ferienheim Heideruh e. V., Antifaschistische Erholungs- und Begegnungsstätte

„Heideruh“, 1945 aufgebaut als Ferienheim nahe Hamburg für Opfer des Faschismus, deren Kinder und Angehörige, stellt sich, bedingt durch den Generationenwechsel, neuen Aufgaben in der Entwicklung zu einer intergenerationellen Begegnungsstätte. Das „Forschungsprojekt Heideruh“ untersucht in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, Prof. Dr. Oliver Rump, die Geschichte Heideruhs. Der Hans-Frankenthal-Preis der Stiftung Auschwitz-Komitee wird „Heideruh“ verliehen zur Unterstützung dieses Forschungsprojekts.

Das Institut für Kunst und Forschung, Wolfram P. Kastner

Seit Beginn der 1980er Jahre liegt der Schwerpunkt des Künstlers Wolfram P. Kastner in öffentlichen Aktionen, Interventionen und sogenannten Sehstörungen. Immer wieder thematisiert er die Verdrängung des Nationalsozialismus im öffentlichen Bewusstsein, die mangelhafte Aufarbeitung und das Fortleben im Alltag. Kastner interveniert mitten hinein in den Alltag, provoziert mit den Mitteln der Kunst. Im Gutachten heißt es: „Für mich ist Kastners Arbeit gelebter Antifaschismus. Kreativ, intelligent und mutig setzt er sich mit der Vergangenheit und der Gegenwart auseinander: Immer auf Seiten der Opfer und Verfolgten, immer gegen die Täter und gegen die Gleichgültigkeit und Dummheit. Er wählt neue Wege der Vermittlung, öffentlich und widerständig, teils spektakulär, aber nie ohne das politische Ziel aus den Augen zu verlieren.“

Ultrà Sankt Pauli (USP) für das Projekt „Alerta-Netzwerk“

Aus der Fanorganisation Ultrà Sankt Pauli heraus entstand 2007 das Alerta-Netzwerk als ein internationaler antifaschistischer Zusammenschluss von jetzt 15 Fangruppen aus Europa und Israel. Der Hans-Frankenthal-Preis wird zur Unterstützung der Netzwerkarbeit verliehen. Im Gutachten heißt es: „Die direkte, Aufsehen erregende und vielfältige

Art der Aktionen des Alerta-Netzwerks in einem selten von antifaschistischer Öffentlichkeitsarbeit erreichtem Feld sowie die Themenwahl haben uns imponiert. Die Möglichkeiten, die die Schaffung einer Internetpräsenz mit sich bringt, halten wir für zukunftsweisend und notwendig, insbesondere im Hinblick auf die Unterstützung von Gruppen und Einzelpersonen die dem neofaschistischen, rassistischen und sexistischen Mainstream in ihrer Umgebung etwas entgegensetzen wollen und bisher nicht im Alerta-Netzwerk beteiligt sein konnten.“

Nach der Begrüßung durch den Sprecher der Stiftungsleitung Marius Giese und einer kurzen Lesung aus dem Buch „Verweigerte Rückkehr“ von Hans Frankenthal hielt der Historiker Marco Kühnert einen Vortrag über „Das Konzentrationslager Auschwitz III/Monowitz“, in dem Hans Frankenthal und sein Bruder Ernst für die IG Farben Zwangsarbeit leisten mussten.

Die ausgezeichneten Projekte wurden von Mitgliedern des Stiftungsrats vorgestellt und gewürdigt. Maike Oelerich dankte der Forscherinnengruppe Heideruh, den Berliner Studentinnen und Professor Dr. Oliver Rump, die die „spannende Geschichte dieses schönen Ortes“ erlebbar machen.

Hannelore Witkofski würdigte die jahrzehntelange Arbeit des Aktionskünstlers Wolfram P. Kastner aus München, die aufrüttelt und die Verdrängung des Nationalsozialismus im öffentlichen Bewusstsein thematisiert. Die Brücke zwischen den Generationen schlug dann Antje Kosmund in ihrer Laudatio: „In Kürze bin ich 83 Jahre alt, ausgerechnet mich hat man gebeten, die Laudatio für die Fangruppe Ultrà St. Pauli zu halten.“ Sie hatte sich beim Besuch von antirassistischen Fußballturnieren, die von der Fangruppe organisiert wurden, überzeugt, dass hier kein Platz war „für Gewalt oder Stimmungsmache gegen Andersdenkende, gegen Linke, gegen Migrant_innen.“ Am Abend der Preisverleihung äußerte eine Vertreterin von USP: „Wir freuen uns riesig, diesen Preis zu bekommen, da honoriert wird, dass wir versuchen, Antifaschismus in einem Feld zu etablieren, das zwar schon theoretisch aufgearbeitet wurde, aber diese politischen Positionierungen praktisch bei vielen Fans nie angekommen sind.“

Musikalisch umrahmt wurde die Preisverleihung durch Monika Lengowski und Klemens Kaatz mit Interpretationen jiddischer Lieder des Widerstands wie „Sog nit keijnmol“, „Shtil, die Nacht is ojssgeschternt“ und „Mir leben ejbik“ am Klavier zu vier Händen, eine Referenz an die anwesende Esther Bejarano, deren unvergleichliche vokale Interpretation dieser Lieder, gemeinsam mit ihrer Familienband „Coincidence“, im Raum mitzuklingen schien.

Helga Obens, Moritz Terfloth

Rezension „Leonidas“

Gabriela Meyer ist in Tel Aviv geboren und aufgewachsen. Sie lebt seit ihrem Studium in Deutschland, seit vielen Jahren in Hamburg und arbeitet als Psychoanalytikerin.

Der autobiographische, kunstvoll verfremdete Stoff dieser Erzählung hätte für einen dicken Roman gereicht. Der Autorin gelingt es, diese Fülle zu einer, in prägnanter Sprache formulierten, Erzählung zu verdichten. Die Psychoanalytikerin bringt Menschliches auf den Punkt, der Malerin gelingt es, mit Farben Atmosphärisches einzufangen. Sie erzählt aus eigener Erfahrung wie das Schicksal der im Dritten Reich verfolgten überlebenden Elterngeneration das Leben ihrer Kinder beeinflusst hat.

40 Jahre nachdem die Protagonistin Henrietta Israel verlassen hat, sucht sie nach dem Tod der Mutter, zu der sie zeitlebens ein enges, wenn auch schwieriges Verhältnis hatte, die Nähe zum Vater, der in Israel lebt. Angeregt von einem Bündel alter Briefe beginnt sie über ihr Leben in Israel nachzudenken, Fragen tauchen auf, die nur ihr Vater beantworten kann. Bei einem seiner Besuche in Hamburg bittet sie ihn zu erzählen, fragt nach und ganz allmählich entwickelt sich ein Dialog zwischen ihnen, der zu Nähe und Vertrauen führt. Der Vater ist dankbar für die wachsende Vertrautheit zwischen ihnen und es gelingt ihm, über lange Verdrängtes mit Henrietta zu sprechen. Seine Besuche werden für beide immer wichtiger auch wenn viele Erinnerungen schmerzen.

Henrietta erfährt von seinen Wurzeln, die ja auch ihre sind, im liberalen bürgerlichen Judentum, vom Leben in seiner großen Familie, die die jüdischen Traditionen pflegt, Musik und Literatur liebt und ein glückliches Leben führt auf ihrem Gut in Labes, das heute in Polen liegt. Der Vater macht Karriere als Jurist in der Weimarer Republik, heiratet seine schöne, elegante Frau, die eine strenge christliche Erziehung genossen hat und Henrietta begreift, dass ihre Kindheit von kulturellen Traditionen beider Religionen geprägt war. Das Ehepaar genießt das anregende quirlige Leben im hektischen Berlin der späten zwanziger Jahre, bis der Nationalsozialismus brutal ihr Leben aus der Bahn wirft und 1937 nur noch die Auswanderung nach Palästina bleibt, wodurch sie ihr Leben retten konnten. Henriettas Geburt nach vier Jahren in Tel Aviv ist, nach mehreren Fehlgeburten, ein großes Glück für ihre Eltern, besonders für die Mutter, die mit dem neuen schwierigen Land nicht zurechtkommen kann und will.

Geht es im ersten Teil der Erzählung um die Wurzeln im Land ihrer Vorfahren, stehen im zweiten Teil Henriettas Fragen nach ihrer Identität, nach den Hintergründen ihrer diffusen Trauer und ihrer Wut der Kinder- und Jugendjahre in Tel Aviv auf die Eltern im Mittelpunkt. Der Anlass, sich diesen Fragen zu stellen, ist die Bereitschaft an einem Workshop in Jerusalem teilzunehmen, der

Kinder von Opfern und Tätern zusammenführt. Vor Beginn des Workshops wandert Henrietta auf den Spuren ihrer Kindheit durch Tel Aviv, schmerzliche und schöne Erinnerungen kommen von allein ins Bewusstsein. Sie fällt zurück in ein Land, das es nicht mehr gibt. „Seine Einwohner sind ausgestorben. Sie sind unfreiwillig verschifft worden, - aus ihrer Heimat - in eine Verbannung, wo sie überlebten ... Eine andere Welt, ein anderer Kontinent, anderes Klima, andere Krankheiten andere Feinde. Ihre Sprache ist untergegangen, ihre Gewohnheiten, ihre Manieren, die übertriebene Höflichkeit, um die sie belächelt wurden ... Der Name des Landes? ... Und das Land lebt nur noch in den Köpfen weiter, solange es einen einzigen Menschen gibt, der sich an dieses Land erinnert. Es hieß: Jekkeland. Es lag in Vorderasien am Mittelmeer.“

Mit dem Handwerkszeug der empathischen Psychoanalytikerin und den Augen einer Malerin beschreibt die Autorin die gemeinsame Arbeit mit den TeilnehmerInnen des Workshops und fängt mit zarten Pinselstrichen die besondere Atmosphäre in Jerusalem ein. David, Sohn deutscher Einwanderer verliebt sich in sie und sie sich in ihn, die beginnende Liebesbeziehung evoziert viele sehr persönliche Fragen und Antworten, die Henrietta immer tiefer in ihre eigene Geschichte eindringen lassen.

Im dritten Teil verarbeitet Henrietta ihre Erfahrungen mit den menschlichen Begegnungen beim Workshop gemeinsam mit dem Vater. Auf seine Frage, ob sie etwas von ihrer Trauer dort lassen konnte, antwortet sie: „Ich glaube schon, indem ich darüber sprach. Auch über die Demütigungen, die deiner Mutter und deinen Schwestern zugefügt wurden und über deine beiden getöteten Brüder. Ich erkannte, dass es nicht um das biblische Auge um Auge geht, sondern um die Hand, die dem Feind gereicht werden kann. Jedoch auch um Wachsamkeit vor dem Sturm.“

Im vierten Teil hinterlässt eine Reise nach Polen zum Geburtsort des Vaters zwar Schmerz bei ihm, aber auch das Gefühl, mit etwas abgeschlossen zu haben. Er feiert noch seinen letzten Geburtstag in Hamburg mit Familie und Freunden. Nach seinem Tod ist seine Tochter dankbar, dass sie ihn so viel fragen konnte und ihm so nah gekommen ist, sie weiß aber auch, dass sie längst nicht genug gefragt hat.

Was es mit Leonidas auf sich hat, ist im reichhaltigen Glossar nachzulesen – eine wahre Fundgrube, die nichts zu wünschen übrig lässt.

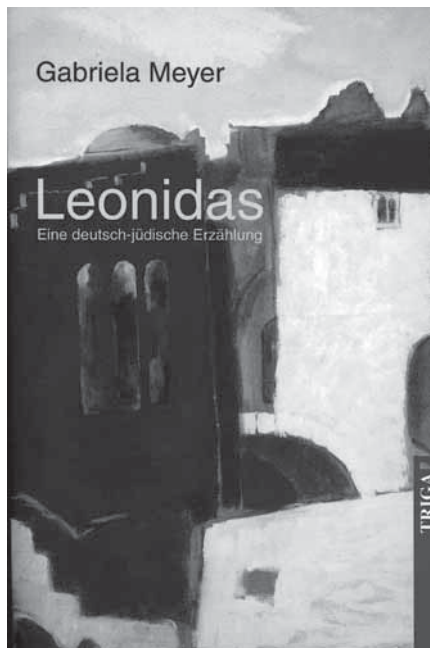
Die Basis dieser Erzählung sind die behutsamen liebevollen Gespräche mit dem Vater, die zu einer Nähe und

Klarheit zwischen ihm und seiner Tochter führen, nach der sich beide lange gesehnt haben. Henriettas Reflexionen über diese Gespräche und ihre Erlebnisse in Israel ermöglichen ihr die drängenden persönlichen Fragen für sich zu beantworten und in ihr Alltagsleben einzubauen. Die Autorin lässt uns an diesem Prozess teilnehmen und eröffnet uns die Chance eigene Fragen an die Vergangenheit zu stellen, die unsere Gegenwart und Zukunft beeinflusst, ob wir es nun wollen oder nicht.

Barbara Terfloth

Am Donnerstag, 17. November 2011, 20:00 findet im ‚Jüdischen Salon am Grindel‘ (LeonBar, Grindelhof 59, 20146 Hamburg) eine Autorinnenlesung statt.

Gabriela Meyer, Leonidas. Eine deutsch-jüdische Erzählung, Triga-Verlag, 2011.



„Von der Bahnsteigkante zurücktreten!“ – bis 2018? (Nicht viel) Neues vom Hannoverschen Bahnhof

Der Bericht zum Stand Hannoverscher Bahnhof 2010 im letzten Mitteilungsblatt endete mit der abschließenden Feststellung: Bei allem was zurzeit an positiver und auch noch unklarer Entwicklung im Raum steht, ist Eile geboten!

Es kann nicht sein, dass haushaltspolitische Untiefen, Senatsumbildungen und kapitalistische Verwertungsinteressen an den wertvollen Grundstücken der Hafen-City die endgültige Fertigstellung des Gedenkortes immer weiter hinauszögern. Die Menschen, denen durch die Anerkennung der an ihnen verübten Verbrechen endlich, zumindest ein wenig, Respekt widerfährt, haben nicht mehr allzu viel Lebenszeit! Wir wollen, dass noch möglichst viele von ihnen sehr bald sehen können, wie sich die Stadt Hamburg mehr als 70 Jahre nach Beginn der Deportationen zu ihrer Schuld und Verantwortung bekennt!

Und seitdem? Das gefürchtete Gezerre um Grundstücke ist immer noch nicht beendet. Es kursieren Angaben zwischen Baubeginn 2012 (18. Oktober 2011 „Senatorin vor Ort – Kulturbaustelle St.Pauli“, Kultursenatorin Prof. Kisseler auf eine Frage aus dem Publikum: „Bis auf eventuelle kleine Verzögerungen wird es also keine Änderungen am Zeitplan geben. (...) Ja, ich gehe davon

aus, Baubeginn 2012 am geplanten Ort“), 2013 (Stand der Debatten in der „Expertenrunde Hannoverscher Bahnhof“, egal welche der diskutierten Grundstücksvarianten genommen werde ...) und 2014 (Maren Riepe, Landesjugendring, gegenüber den jugendlichen Teilnehmer_innen des „Partizipationsprojekts“). Was wir sicher wissen, ist, dass das Gelände, auf dem der ehemalige Bahnhof stand, immer noch bis Ende 2017 in einem Pachtverhältnis steht und bis dahin kein Ausbau der Gedenkanlage um den ehemaligen Deportationsbahnsteig möglich sein wird.

Es ist kaum noch zu vermitteln, warum Jahr für Jahr auf die Einrichtung des Dokumentationszentrums und des Gedenkorts gewartet werden muss. Anhand der ungeheuren Profite, die auch die öffentliche Hand durch die Ausbeutung der Entrechteten, Beraubten, Verfolgten und Ermordeten gemacht hat, ist in dieser Frage der Verweis auf aktuelle Sparzwänge zynisch gegenüber den Opfern.

Aufgrund genau dieser Tatsache hatte sich das Ausschwitz-Komitee nach dem Hamburger Regierungswechsel an die neue Kultursenatorin gewandt und nachdrücklich dazu aufgefordert, dass die Aufgabe, an die deutschen Verbrechen zu erinnern, schließlich aus öffentlichen Mitteln zu bezahlen sei. Damit wandten wir uns gegen die noch von der vorigen Regierung beschlossene Einbeziehung privater Stiftungen in die Finanzierung der Vorbereitung des Dokumentationszentrums – genau des „Partizipationsprojekts“.

Die grundsätzlich zu begrüßende Idee, Jugendliche als eine der zukünftigen Zielgruppen – keinesfalls die einzige, wie erwachsene Bürgerinnen und Bürger gerne unterstellen, um sich selbst nicht mit der Vergangenheit befassen zu müssen – des Dokumentationszentrums einzubeziehen, ist nun in der Umsetzung mit dem Makel behaftet, dass die Kulturbehörde in Ermangelung eines ausreichenden Haushalts auf private Drittmittel zurückgegriffen hat. Auch wenn die Kulturbehörde in einer Sitzung der „Expertenrunde“ auf unseren Brief hin versicherte, dass man sich zukünftig wieder selbst und aus eigenen Mitteln der Kernaufgabe der Aufklärung über die nationalsozialistischen Verbrechen in Hamburg widmen werde, bleibt gegenüber den zwischenzeitlich eingeworbenen 40 Jugendlichen, die sich zur Teilnahme am Partizipationsprojekt eingefunden haben, der irritierende Eindruck, das Projekt sei unter anderem eines der Alfred Toepfer Stiftung F.V.S., der Moses Mendelssohn Stiftung und der Körber-Stiftung. Als den Jugendlichen am 22. Oktober 2011 der Projektbeirat vorgestellt wurde, dessen Aufgabe eigentlich in der inhaltlichen,

fachlichen und menschlichen Begleitung der jungen Teilnehmer_innen bei ihrer bis Mai 2012 angesetzten Auseinandersetzungs- und Ideenfindungsarbeit besteht, entstand vor allem der Eindruck einer Revue der Geldgeber. Wer als Teenager auf diesem Wege erste Eindrücke vom mühevollen und langwierigen Weg der politischen Teilhabe an öffentlichen Entwicklungen gewinnen soll, muss doch denken: Toll, dass wir so viele Stiftungen haben, die sich um die Geschichtsaufarbeitung kümmern, wenn der Staat dafür kein Geld zur Verfügung stellen will ...

Bestehen schon bei eher pragmatischen Aufgaben wie dem Infrastrukturausbau berechtigte Bedenken gegen die Privatisierung öffentlicher Angelegenheiten, so muss dies bei der Entwicklung der erinnerungspolitischen Zukunft erst recht der Fall sein. Frieda und ich werden uns weiter darum bemühen, dass den jungen Teilnehmenden der Blick auf diese Grundproblematik nicht abhanden kommen wird.

Es wird weiter zu berichten sein: Wann ist nun tatsächlich Baubeginn? Wird es den Jugendlichen gelingen, ihre Vorstellungen und Ideen für den zukünftigen Gedenkort frei von Kostenzwängen und Renommeeinteressen einzelner Stiftungen zu entwickeln? Stellt sich die Freie und Hansestadt ihrer historischen Verantwortung und stattet Gedenkort und Dokumentationszentrum aus eigenen Mitteln angemessen aus?

Es bleibt noch viel zu tun!

Moritz Terfloth



Deportationsbahnsteig, Foto: Moritz Terfloth

IAK Tagung in Berlin

Ende Oktober 2010 nahmen Frieda Larsen, Janne Delin, Ike Büscher und Jonny Schanz für das Auschwitz-Komitee in der BRD e. V. an der Leitungssitzung des Internationalen Auschwitz-Komitees (IAK) in Berlin teil – dort haben wir auch Noach Flug ein letztes Mal treffen können.

Es waren Vertreter aus zwölf Länderkomitees angereist (Belgien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Israel, Niederlande, Österreich, Polen, Slowenien, Tschechien, Ungarn, USA).

Es gibt nicht mehr viele Gelegenheiten, bei denen so viele Auschwitz-Überlebende zusammentreffen und allein dies macht die IAK Tagungen, die – so finden wir – gerne auch öfters stattfinden könnten, zu einem besonderen Ereignis.

Die Vertreter der Länderkomitees und Lagergemeinschaften berichteten ausführlich aus ihrer Arbeit. Als Hauptaufgaben wurden immer wieder benannt:

Solidarität: gegenseitige soziale und psychische Unterstützung und Hilfe der Überlebenden untereinander und gemeinsam mit den jüngeren, engagierten Freunden und Freundinnen;

Bildungsarbeit: die Vermittlung der Erfahrungen der nationalsozialistischen Verfolgung an die nachfolgenden Generationen, z. B. durch Zeitzeugengespräche an Schulen; **Gedenkstätten- und Erinnerungsarbeit:** In den Ländern, in denen es möglich ist, sind die Vereinigungen an der inhaltlichen Gestaltung von Gedenkstätten und Erinnerungsorten beteiligt;

Organisation von Gedenk- und Bildungsreisen in das Museum Auschwitz-Birkenau: Aus eigener Erfahrung wissen wir, dass gemeinsame Fahrten von Überlebenden und Jüngeren eine besondere Qualität haben.

Informationsaustausch untereinander und Öffentlichkeitsarbeit: Alle Organisationen, die die finanziellen und personellen Mittel dazu haben, geben ein eigenes Publikationsorgan heraus.

Stellungnahmen zu aktuellen politischen Fragen: Dies wurde z. B. daran deutlich, dass sich alle VertreterInnen zur aktuellen Situation der Roma und Sinti in Europa äußerten (s. u.).

Die Bedingungen und Probleme, mit denen die Auschwitz-Überlebenden und ihre Organisationen in den verschiedenen Ländern konfrontiert sind, sind jedoch sehr unterschiedlich. Dazu einige Beispiele aus den Länderberichten:

Besonders dramatisch ist zurzeit die Situation der Überlebenden in Ungarn. Ihr Kampf gegen wachsenden offenen Antisemitismus und Antiziganismus in der ungarischen Gesellschaft erfährt nur sehr geringe politische, geschweige denn finanzielle Unterstützung von außen. Die sozialen Probleme der Überlebenden sind groß und oftmals muss alle Kraft für Selbsthilfe und gegenseitigen Beistand aufgewandt werden.

In Slowenien gibt es nur noch sehr wenige Überlebende, 68 weibliche ehemalige Auschwitzhäftlinge sind im slowenischen Komitee organisiert, alle Männer sind bereits gestorben. Dennoch schaffen sie es, regelmäßig Zeitzeugengespräche an Schulen durchzuführen. Auch ist es ihnen nach langer Vorbereitung gelungen, im Jahr 2011 eine Reise in die Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau möglich zu machen. Gerne würde das Komitee die slowenische Länderausstellung im Museum Auschwitz-Birkenau (Block 17) erneuern bzw. überhaupt wieder öffentlich zugänglich machen, doch es fehlt politische und finanzielle Unterstützung durch Dritte.

Die österreichische Lagergemeinschaft hat ebenfalls nur sehr geringe finanzielle Mittel zur Verfügung. Da eines der aktiven Mitglieder an der Universität Linz lehrt, hat die von Hermann Langbein gegründete Lagergemeinschaft Auschwitz hier zumindest ein kleines Büro zur Verfügung. Mit der Organisation von Gedenk- und Bildungsreisen, der Herausgabe eines Auschwitz-Info mit rund 500 Abonnenten und der psychosozialen Unterstützung der Überlebenden wird getan, was möglich ist. Die österreichische Regierung hat eine Stiftung gegründet, um die österreichische Ausstellung in Auschwitz zu erneuern.

Dazu berichtete Noach Flug, dass die israelische Regierung 5 Millionen Dollar für die Erneuerung der jüdischen Ausstellung im Block 27 bereitgestellt hat. Als Vorsitzender des IAK konzentrierte er sich in seiner Rede auf die internationale Lage und forderte die medizinische und soziale Versorgung aller Überlebenden zu verbessern und abzusichern.

Erheblich positiver als in Ungarn, Slowenien, Tschechien oder Österreich ist dagegen die Situation in Frankreich, den Niederlanden, Belgien und auch Polen zu bewerten. In diesen Ländern erfahren die Vereinigungen der Überlebenden staatliche, politische und finanzielle Unterstützung, die sie in die Lage versetzt, eine Vielzahl von unterschiedlichen Bildungs- und Forschungsvorhaben umzusetzen.

In allen Länderberichten war die aktuelle Situation der Roma und Sinti in Europa ein wichtiges Thema. Offensichtlich ist es so, dass die zum Teil dramatischen Bedingungen, unter denen die Roma und Sinti in Europa heute leben, bis hin zur offenen Verfolgung in manchen Ländern, für alle nationalen Komitees ein Anlass ist, aktiv zu werden. Wir – als Delegation des Auschwitz-Komitees in der BRD haben dazu spontan eine Resolution eingebracht, die einstimmig verabschiedet wurde (siehe Kasten).

Per Akklamation wurde der Niederländer und Sinto Zoni

Weisz in den Vorstand des IAK berufen. Seine Rede zum Jahrestag der Befreiung von Auschwitz vor dem Deutschen Bundestag dokumentieren wir ab Seite 23. Die warmherzige und solidarische Atmosphäre während der IAK Tagung und die politische Erfahrung der Internationalität unserer Ziele und Aufgaben hat gut getan. Daher wird das Auschwitz-Komitee beim IAK Büro in

Berlin anregen, solche Treffen häufiger durchzuführen, einen regelmäßigeren Informationsaustausch zu organisieren, auch um gemeinsame politische Aktionen bzw. Erklärungen zu Fragen internationaler Bedeutung öfter möglich zu machen.

Ike Büscher

Resolution des Internationalen Auschwitz-Komitees und seiner Mitgliedsverbände (Beschluss der Generalversammlung vom 29. Oktober bis 1. November 2010, Berlin)

Die Rechte der Roma und Sinti in Europa achten und schützen!

Die Generalversammlung des Internationalen Auschwitz-Komitees diskutierte über die Lage der Roma und Sinti in Europa. So berichtet Romani Rose vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, dass bei antiziganistischen Pogromen in Ungarn in den vergangenen Jahren elf Menschen ermordet worden sind – Männer, Frauen und Kinder. In Italien werden alle Roma, selbst Kleinkinder, nur aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu dieser Gruppe erkennungsdienstlich erfasst. Insbesondere in Frankreich, aber auch in anderen EU-Staaten wie der Bundesrepublik Deutschland werden, zum Teil gegen geltendes EU-Recht, tausende Abschiebungen durchgeführt. Die Menschen stehen vor einem Leben in Armut, Diskriminierung und Angst in den „Heimat“-Ländern, in die sie abgeschoben werden. In vielen Ländern der Europäischen Union leben seit Jahrhunderten Roma und Sinti, denen Teilhabe und Integration verweigert werden.

Der Präsident des IAK, Noach Flug, erklärte am 7.9.2010 im Anschluss an die IAK Präsidiumssitzung: „Ein besonders schmerzliches Thema während unserer Sitzung war für uns die Lage der Roma in Europa. Wir beobachten ihre Situation mit großer Sorge und Mitgefühl. Die Roma werden diskriminiert, verfolgt, ausgestoßen und sogar ghettosiert. Gerade wir als Überlebende von Auschwitz haben die Pflicht daran zu erinnern, dass Sinti und Roma unsere Leidensgenossen in Auschwitz und in Birkenau waren. Die Nazis hatten ihnen dasselbe Schicksal zgedacht, wie den Juden. Sie sollten von der Erde ausgelöscht werden. Eben deshalb hat Europa den Roma gegenüber die Pflicht und die Schuldigkeit, sie zu schützen und ihnen in allen Ländern, in denen sie leben, gleiche Chancen auf Bildung und menschenwürdige Zukunft zu ermöglichen. Wir können nicht zulassen, dass dieses Thema in wenigen Wochen wieder im Schweigen Europas versunken ist.“

Um die Situation der Roma und Sinti in Europa zu verbessern und dem Antiziganismus entschieden entgegen zu treten, fordern das Internationale Auschwitzkomitee und seine Mitgliedsorganisationen:

- ein uneingeschränktes Aufenthaltsrecht für Roma und Sinti innerhalb der Europäischen Union,
- einen uneingeschränkten und gleichberechtigten Zugang für Roma und Sinti zu den Sozial- und Bildungssystemen aller EU-Mitgliedsstaaten,
- die Entwicklung und Durchführung von Bildungs- und Informationsprogrammen gegen Antiziganismus durch die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten,
- die Anerkennung und Achtung der Geschichte und Kultur der Roma und Sinti als wichtigen und wertvollen Teil Europas.

„Der vergessene Holocaust“

Rede vor dem Deutschen Bundestag von Zoni Weisz zum „Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus“ am 27. Januar 2011

„Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident – sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin – sehr geehrte Frau Bundesratspräsidentin – sehr geehrter Herr Präsident des Bundesverfassungsgerichts – sehr geehrte Mitglieder des Bundestages und des Bundesrates – Exzellenzen – verehrte Gäste – liebe Freunde,

dass ich am heutigen Tage, dem Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, hier im Deutschen Bundestag zu Ihnen sprechen darf, stellt für mich ein besonderes Privileg und eine große Ehre dar. Gemeinsam mit Ihnen an dieser Stelle an die Schrecknisse der Nazizeit zu erinnern, ist eine besondere Erfahrung für mich persönlich, aber auch für die Gemeinschaft der Sinti und Roma insgesamt. Hier heute stehen zu dürfen, empfinde ich als Zeichen der Anerkennung des uns während der Zeit des Nationalsozialismus zugefügten Leids.

Heute gedenken wir der Opfer des nationalsozialistischen Genozids an 500.000 Sinti und Roma, wir erinnern an die Opfer der Shoa, des Mordes an sechs Millionen Juden, und wir gedenken all der anderen Opfer des Nazi-Regimes. Es war ein sinnloser, industriell betriebener Mord an wehrlosen, unschuldigen Menschen, ersonnen von fanatischen Nazis, Verbrechern, die dazu in ihren Rassengesetzen eine Legitimation fanden.

Sinti und Roma sind nach Einführung der Nürnberger Rassengesetze im Jahre 1935, ebenso wie die Juden, aus rassistischen Gründen verfolgt worden. Juden und „Zigeuner“ wurden als „fremdrassig“ definiert und all ihrer Rechte beraubt. Sie wurden vom öffentlichen Leben ausgeschlossen.

Dem lag eine besondere Strategie zugrunde. Eine Strategie, die ich als „Salami-Taktik“ definieren möchte. Immer einen Schritt weiter, was letztlich in einer ganzen Reihe von Maßnahmen gipfelte: Identifizieren, erfassen, isolieren, berauben, ausbeuten, deportieren und schließlich ermorden. Die Nazis ließen keinen Zweifel aufkommen: weg mit den „Zigeunern“, weg mit den Juden, die sie beide als Gefahr betrachteten.

Dass es den Sinti und Roma sowie den Juden schlecht ergehen würde, war klar. Unmittelbar nach der Machtübernahme Hitlers im Jahre 1933 wurde der demokratische Rechtsstaat in schnellem Tempo zerschlagen. Politische Gegner wurden eingesperrt und auch Sinti und Roma wurden seinerzeit schon in die ersten Konzentrationslager abtransportiert. Der Antisemitismus und der Antiziganismus können in Nazi-Deutschland doch niemandem entgangen sein, ebenso wenig die Politik, dies in Form konkreter antijüdischer und gegen so genannte „Zigeuner“ gerichteter Maßnahmen und

Verfolgungen ins Werk zu setzen.

Für die Olympischen Spiele des Jahres 1936 sollte Berlin „zigeunerfrei“ gemacht werden. Sinti und Roma wurden aufgegriffen und in ein Internierungslager im Berliner Vorort Marzahn abtransportiert, wo sie unter menschenunwürdigen Bedingungen leben mussten. Im Jahre 1936 wurde hier in Berlin unter der Leitung von Dr. Robert Ritter die Rassenhygienische Forschungsstelle gegründet. Hier wurden Menschen fotografiert, es wurden ihre Gesichter und Körper vermessen und allerlei rassistische Besonderheiten festgelegt. Der Reichsführer-SS Heinrich Himmler befahl der Forschungsstelle im Jahre 1938 die Erfassung aller Sinti und Roma im Deutschen Reich. 24.000 so genannte „Rassegutachten“ wurden von Dr. Ritter und seinen Mitarbeitern verfasst – dies alles diente der Vorbereitung des Völkermords an den Sinti und Roma.

In der Zeitschrift des Nationalsozialistischen Ärztebundes schrieb Dr. Kurt Hannemann im Jahre 1938, ich zitiere: „Ratten, Wanzen und Flöhe sind auch Naturerscheinungen, ebenso wie die Juden und Zigeuner. [...] Alles Leben ist Kampf. Wir müssen deshalb alle diese Schädlinge allmählich ausmerzen.“ Diese Art von Einlassungen trugen das ihre zur herrschenden Atmosphäre bei und verschafften den Nazis die Legitimation, diese von ihnen so bezeichneten „Untermenschen“ schließlich im großen Maßstab zu ermorden.

Xenophobie, die Angst vor dem Fremden und den Fremden, gab es zu allen Zeiten. Für Sinti und Roma waren Verfolgung und Ausgrenzung nichts Neues. Seit Jahrhunderten wurden wir verfolgt und ausgeschlossen. Pogrome kamen regelmäßig vor. Deshalb hatten wir häufig keine Chance, ein normales Leben aufzubauen, zur Schule zu gehen und einen normalen Beruf auszuüben. Viele von uns wurden an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Im Gegensatz zu den Juden, die vielfach nach ihrem Eintreffen in den Vernichtungslagern und nach der Selektion sofort vergast wurden, hat man Sinti und Roma in Auschwitz-Birkenau im Familienverband im so genannten „Zigeunerlager“ interniert. Nach dem Aufstand im Zigeunerlager im Mai 1944 wurden fast alle Männer aus dem Zigeunerlager ausgesondert und in andere Konzentrationslager verlegt.

Mein Vater, mein Onkel und andere Familienmitglieder wurden nach Mittelbau-Dora abtransportiert, wo sie in der unterirdischen Waffenindustrie unter erbärmlichsten Umständen arbeiten mussten. Sie sind dort ums Leben gekommen. „Vernichtung durch Arbeit“.

Die Bedingungen im „Zigeunerlager“ waren unvorstellbar. Hunger, Kälte und ansteckende Krankheiten for-

derden Tag für Tag ihren Tribut. Ich muss häufig an all die Mütter, auch meine Mutter, denken, die sich um ihre Kinder sorgten und sich das Essen vom Mund absparren, um ihre Kinder am Leben zu erhalten. Sie mussten in manchen Fällen erleben, dass an ihren Kindern die fürchterlichsten medizinischen Experimente durchgeführt wurden.

Wir können uns heute nur schwer eine Vorstellung von den unvorstellbaren Leiden machen, die diese Menschen erlitten haben. In der Nacht vom 2. auf den 3. August wurden die verbliebenen 2.900 Frauen, Kinder und alten Menschen aus dem „Zigeunerlager“ vergast, darunter auch meine Mutter und meine zwei Schwestern und mein Bruder.

Meine Damen und Herren, der Völkermord an den Sinti und Roma ist immer noch ein, wie ich es nenne, „vergessener Holocaust“. Ein vergessener Holocaust, weil ihm in den Medien nach wie vor wenig Aufmerksamkeit entgegengebracht wird. Ich frage mich, warum das so ist. Sind die Opferzahlen ausschlaggebend für die Aufmerksamkeit, die einem zuteil wird, oder ist das Leid eines einzelnen Menschen wichtig? Ich habe in den zurückliegenden Jahren Dutzende von Gedenkreden gehört, in denen die Redner in keiner Weise an das Schicksal der Sinti und Roma erinnert haben.

Eine halbe Million Sinti und Roma – Männer, Frauen und Kinder – wurden im Holocaust ausgerottet. Nichts oder fast nichts hat die Gesellschaft daraus gelernt, sonst würde sie heute verantwortungsvoller mit uns umgehen. Deshalb müssen wir weitermachen, wir müssen über den Holocaust immer wieder berichten. Ich engagiere mich im holländischen Verband der Sinti und Roma und bin Mitglied im Nationalen und im Internationalen Auschwitz-Komitee. Ich spreche oft in Schulen, und es ist meine Pflicht gegenüber meiner gesamten ermordeten Familie, dazu beizutragen, dass dies niemals vergessen wird.

Sinti und Roma waren nach dem Krieg nicht organisiert und hatten folglich auch keine Stimme. Aus diesem Grund wurden wir auch nicht gehört. Es dauerte bis in die Siebzigerjahre, bis Selbsthilfeorganisationen entstanden und wir unsere Stimme erhoben haben und diese Gehör fand.

Eine große Ausnahme dazu bildete der Protest während der Ostertage des Jahres 1980. Seinerzeit hatte eine Gruppe von Sinti im früheren Konzentrationslager Dachau als Protest gegen die rassistischen Erfassungsmethoden von Sinti und Roma durch Justiz und Polizei einen Hungerstreik begonnen. Es ist unglaublich, aber diese Erfassung stützte sich auf Akten aus der Nazi-Zeit und wurde teilweise sogar von früherem SS-Personal durchgeführt. Dieser Hungerstreik hat in den Medien seinerzeit, dies gilt gewiss für Deutschland, aber auch darüber hinaus, viel Aufmerksamkeit erregt und zu

mehr Verständnis für die Schrecken geführt, die unserem Volk während der Nazi-Herrschaft angetan wurden. Meine Damen und Herren, der 17. März 1982 ist für die Gemeinschaft der Sinti und Roma ein historisches Datum. An diesem Tag empfing der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt eine Delegation des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma unter Leitung des Vorsitzenden Romani Rose. Dabei vollzog der Bundeskanzler einen völkerrechtlich ausgesprochen wichtigen Schritt, indem er das gegenüber den Sinti und Roma begangene nationalsozialistische Verbrechen als einen Völkermord anerkannte, der auf der Grundlage des Begriffs der „Rasse“ begangen wurde. Diese Aussage wurde durch seinen Nachfolger Helmut Kohl im November 1985 nochmals bestätigt. Bei der Eröffnung der Dauerausstellung über den Holocaust an den Sinti und Roma in Heidelberg durch den damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog im Jahre 1997 erklärte auch er, dass der Genozid an den Sinti und Roma aus denselben rassistischen Motiven heraus begangen wurde wie der Genozid an den Juden.

Mit ungefähr 12 Millionen Menschen sind Sinti und Roma die wahrscheinlich größte Minderheit in Europa. Unsere Wurzeln liegen weit zurück im alten Indien. Unsere Sprache, das Romanes, ist mit dem alten Sanskrit verwandt. Bereits zu Beginn des 15. Jahrhunderts wurde von Sinti und Roma in großen Teilen Europas berichtet. Entgegen vieler Klischeevorstellungen waren unsere Menschen Bestandteil der Gesellschaft ihres Landes, in dem sie lebten und arbeiteten. Sie leisteten auf positive Weise einen Beitrag zur Kultur ihrer Heimat.

Ich bin gebeten worden, Ihnen meine persönliche Geschichte und damit auch die Geschichte aller anderen vom Nazi-Regime verfolgten und ermordeten Sinti und Roma zu erzählen. Meine Damen und Herren, wir waren eine glückliche, angesehene und respektierte Familie. Mein Vater war Musiker und Instrumentenbauer und verkaufte Musikinstrumente. Darüber hinaus spielte er in unserem Familienorchester und hatte in verschiedenen Städten in Holland Engagements. Im Jahr 1943 begannen die Nazis bereits in großem Maßstab von den Niederlanden aus Juden nach Auschwitz und in die anderen Lager zu deportieren. Zu dieser Zeit hatten wir in Zutpen ein Geschäftshaus gemietet, in dem mein Vater Musikinstrumente reparierte und verkaufte. Während der Besetzung der Niederlande führten die Nazis allerlei Maßnahmen ein, mit denen sie die Berufsmöglichkeiten für Sinti und Roma einschränken wollten. Diese einschränkenden Maßnahmen kennzeichneten den Beginn der Verfolgung und Deportation der Sinti und Roma in den Niederlanden.

In Deutschland und den anderen von den Nazis besetzten Gebieten waren die Deportationen von Sinti und Roma seinerzeit bereits in vollem Gange. Der 16. Mai

1944, meine Damen und Herren, ist der schlimmste Tag in der Geschichte der niederländischen Sinti und Roma. Die Nazis hatten angeordnet, dass in einer Großrazzia in den gesamten Niederlanden sämtliche „Zigeuner“ inhaftiert und in das Durchgangslager Westerbork überstellt werden sollten – dies in Erwartung ihrer Deportation nach Auschwitz. Dabei wurden sie von der niederländischen Polizei unterstützt. Nach der Ankunft in Westerbork wurden die Sinti und Roma unverzüglich in der Strafbaracke interniert und kahlgeschoren.

Am Morgen dieser Razzia war ich nicht zu Hause. Ich hatte bei meiner Tante übernachtet, die sich mit ihrer Familie in einem kleinen Dorf versteckt hatte. Das Gefühl, das einen durchfährt, wenn man erfährt, dass der eigene Vater, die eigene Mutter, die Schwestern und der Bruder von den Nazis aufgegriffen worden sind, ist nicht zu beschreiben. Man wird von Angst, Verzweiflung und Panik ergriffen. Wir mussten so schnell wie möglich untertauchen. Wir trugen ein wenig Kleidung zusammen, nahmen das Essen, das wir noch hatten, und tauchten in den Wäldern unter und versteckten uns bei Bauern. Eine kleine Gruppe von neun Menschen. Unsere Angst und Ungewissheit waren unbeschreiblich. Nach drei bangen Tagen und Nächten wurden auch wir festgenommen und zum Abtransport ins Durchgangslager Westerbork verbracht, wo wir mit unserer Familie zusammengeführt werden sollten. Der 19. Mai war der Tag, an dem der so genannte „Zigeunertransport“ von Westerbork abging.

Meine Damen und Herren, der Zufall wollte es, dass dies der einzige Transport aus Westerbork war, von dem Filmaufnahmen angefertigt wurden. Vermutlich kennen Sie das Bild des zwischen den Waggontüren stehenden Mädchens. Das Mädchen trug eine Kopfbedeckung, vermutlich weil es sich für seinen kahlgeschorenen Kopf schämte. Dieses Bild war für viele Jahre das Bild der Judenverfolgung, bis ein niederländischer Journalist, Ad Wagenaar, entdeckte, dass es sich bei dem Mädchen nicht um eine Jüdin, sondern eine Sintezza, ein Sinti-Mädchen mit Namen Settela Steinbach handelte.

Dieser „Zigeunertransport“ hatte Westerbork bereits verlassen. Es war nicht möglich, uns noch rechtzeitig auf diesen Transport zu bekommen. Man brachte uns also zu einem dreißig Kilometer entfernt gelegenen Bahnhof, um uns dort auf den Transport zu setzen und uns so gemeinsam mit den anderen Sinti, Roma und Juden nach Auschwitz zu deportieren. Wir warteten auf dem Bahnsteig, als der Zug einfuhr. Soldaten und Polizei liefen umher, stampften mit den Füßen auf und brüllten: „Schnell, schnell, einsteigen!“ Ich sah sofort, wo unsere Familie war. Mein Vater hatte den blauen Mantel meiner Schwester vor die Gitterstäbe des Viehwaggons gehängt, ich erkannte ihn sofort. Es war ein Mantel aus einem weichen blauen Stoff. Wenn ich die Augen schließe, spüre ich heute noch, wie herrlich weich sich der

Mantel meiner Schwester anfühlte. Auch wir sollten mit auf diesen Transport nach Auschwitz gehen.

Meine Damen und Herren, in manchen Fällen übertrifft die Realität die Vorstellungskraft. Mit Hilfe eines „guten“ Polizeibeamten, wahrscheinlich ein Mitglied der Widerstandsbewegung, ist es uns gelungen, der Deportation zu entgehen. Der Polizist hatte uns vorher eingeschärft: „Ich gebe euch ein Zeichen, dann lauft um euer Leben.“ Hier stand der Zug nach Auschwitz: die Viehwaggons und darin meine ganze Familie. Auf der anderen Seite vom Bahnsteig stand ein normaler Personenzug. Als der Polizist seinen Hut abnahm, sind wir losgerannt und konnten in all dem Durcheinander auf den losfahrenden Personenzug aufspringen und so entkommen. Das letzte Bild, das ich vor mir sehe, ist der Zug nach Auschwitz auf dem anderen Bahngleis. In diesem Augenblick sah ich, wie der Zug nach Auschwitz abfuhr. Mein Vater schrie voller Verzweiflung aus dem Viehwaggon meiner Tante zu: „Moezla, pass gut auf meinen Jungen auf“. Das war das letzte, was ich von meinen Lieben sah.

Dieses Bild hat sich für immer in meine Netzhaut eingebrannt. Ich war allein. Als Kind von sieben Jahren hatte ich alles verloren und fiel in ein unermesslich tiefes Loch.

Nach dieser wundersamen Flucht folgte eine Zeit der Entbehrungen und der Angst im Versteck. Tag für Tag die Angst, aufgegriffen zu werden. Versteckt in Wäldern, bei Bauern, in alten Fabriken und schließlich bei meinen Großeltern – bis zum Augenblick der Befreiung durch die Alliierten im Frühjahr 1945.

Nach der Befreiung kam die Unsicherheit. Vielleicht war sie noch schlimmer als die Angst während des Krieges. Lebte meine Familie noch, würde sie zurückkehren? Sie alle waren in Nazi-Konzentrationslagern ermordet worden. Mein Vater, meine Mutter, meine Schwestern, mein kleiner Bruder und 21 Familienangehörige. Nach der Befreiung gab es keine Stellen, die sich mit dem Schicksal der Sinti und Roma befassen oder Hilfe boten. Die Behörden taten nichts. Später beschrieb die niederländische Regierung dies wie folgt, ich zitiere: „Die Betreuung, wenn es sie denn gab, war frostig und distanziert.“

Die Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs sind innerhalb unserer Gemeinschaft heute noch ganz klar zu spüren. Unsere zweite und sogar noch die dritte Generation spürt die Last dieser Vergangenheit. Wir wurden unserem Schicksal überlassen. Die jahrhundertlange Geschichte von Stigmatisierung, Ablehnung und Ausgrenzung wiederholte sich. Nach dem Krieg mussten Sinti und Roma versuchen, ihr Leben wieder aufzubauen. Vielen hatte man ihren gesamten Besitz genommen. Diejenigen, die die Nazi-Lager überlebt hatten, wurden innerhalb der eigenen Gemeinschaft aufgefan-

gen. Langsam kam das Leben wieder in Gang, konnten Musikinstrumente gekauft und konnte Handel getrieben werden.

Meine Damen und Herren, schon in recht jungen Jahren habe ich begriffen, dass nur Bildung und Entwicklung der Weg in eine bessere Zukunft ist. Nach der Grundschule studierte ich Gartenbau, Floristik, Garten- und Landschaftsarchitektur sowie Kunstgeschichte. Alles über Abendschulen und spezielle Kursangebote. 1962 eröffnete ich mein eigenes Blumengeschäft in Amsterdam und gründete kurz danach eine Ausstellungs- und Veranstaltungsfirma. Alles mit großer Unterstützung meiner Frau, die mir auch noch zwei wunderbare Kinder schenkte. Für vier Generationen unseres Königshauses durfte ich arbeiten. Unter anderem habe ich bei der Krönungsfeier von Königin Beatrix und der Hochzeit unseres Kronprinzen Willem Alexander den Blumenschmuck entworfen.

Im Laufe der Jahre habe ich zahlreiche große Ausstellungen geplant und durchgeführt und in den USA, Kanada und den meisten europäischen Ländern niederländische Blumen und Pflanzen vermarktet. In Anerkennung und Wertschätzung meiner Tätigkeit für die niederländische Blumenindustrie sowie meines Einsatzes für die Sinti und Roma in den Niederlanden und auch darüber hinaus wurde mir im Jahre 2002 aus den Händen von Königin Beatrix eine hohe königliche Auszeichnung zuteil: Ich wurde Offizier des Ordens von Oranje-Nassau.

Heute erinnern wir an die Schrecknisse der Nazi-Ära, doch erlauben Sie mir, etwas zur Stellung von Sinti und Roma, meinem Volk, im heutigen Europa zu sagen. In zahlreichen Ländern sind wir die älteste Minderheitengruppe. Es ist menschenunwürdig, wie Sinti und Roma, insbesondere in vielen osteuropäischen Ländern wie zum Beispiel Rumänien und Bulgarien, behandelt werden. Der weitaus größte Teil ist chancenlos, hat keine Arbeit, keine Ausbildung und steht ohne ordentliche medizinische Versorgung da. Die Lebenserwartung dieser Menschen ist wesentlich geringer als die der dort lebenden „normalen“ Bürger. Diskriminierung, Stigmatisierung und Ausgrenzung sind an der Tagesordnung. In Ungarn ziehen Rechtsextremisten wieder in schwarzer Kluft umher und schikanieren und überfallen Juden, Sinti und Roma. Neonazis haben Roma ermordet, darunter einen fünfjährigen Jungen. Es gibt in Gaststätten und Restaurants wieder Schilder mit der Aufschrift „Für Zigeuner verboten“.

Die Geschichte wiederholt sich. Diese Länder sind vor Kurzem erst der Europäischen Gemeinschaft beigetreten, bezeichnen sich selbst als kultiviert. Es ist kein Wunder, dass seit einigen Jahren insbesondere Roma auf der Suche nach einem besseren Leben und nach Zukunft für ihre Kinder nach Westeuropa kommen. In manchen Ländern Westeuropas wie Italien und Frank-

reich wird man dann wieder diskriminiert, ausgegrenzt und lebt unter menschenunwürdigen Umständen in Ghettos. Man wird wieder des Landes verwiesen und in das Herkunftsland abgeschoben. Diese Menschen sind jedoch Einwohner von Ländern, die der Europäischen Gemeinschaft angehören. Die Europäische Kommission hat in Person ihrer Vizepräsidentin Viviane Reding mit deutlichen Worten gegen diesen nicht hinnehmbaren Zustand Stellung bezogen. Ich hoffe, dass man die betreffenden Regierungen darauf auch weiterhin ansprechen wird. Wir sind doch Europäer und müssen dieselben Rechte wie jeder andere Einwohner haben, mit gleichen Chancen, wie sie für jeden Europäer gelten. Es kann und darf nicht sein, dass ein Volk, das durch die Jahrhunderte hindurch diskriminiert und verfolgt worden ist, heute, im einundzwanzigsten Jahrhundert, immer noch ausgeschlossen und jeder ehrlichen Chance auf eine bessere Zukunft beraubt wird.

Meine Damen und Herren, ich möchte enden, indem ich die Hoffnung ausspreche, dass unsere Lieben nicht umsonst gestorben sind. Wir müssen ihrer auch künftig gedenken, wir müssen auch weiterhin die Botschaft des friedlichen Miteinander verkünden und an einer besseren Welt bauen – damit unsere Kinder in Frieden und Sicherheit leben können.

Ich danke Ihnen.

„In diesem Staat muss ich mindestens Hundert werden, damit ich noch einiges mit dem geregelt bekomme!“

Europa, Deutschland, Sinti, Roma, Juden

Beide Gruppen sind nicht wirklich in Europa oder Deutschland willkommen gewesen. Über lange Zeit sind sie ziemlich gleich schlecht gestellt, geduldet über mehre Jahrhunderte.

Die Sinti und Roma versuchen ihren Traditionen gemäß mit den eingeschränkten Möglichkeiten zu leben, die ihnen z. B. das Aufenthaltsrecht, immer nur wenige Tage an einem Ort bleiben zu dürfen, ihr Leben mit Handwerk, Arbeit, Musik und Handel gaben.

Die jüdischen Menschen versuchten, sich einen Platz in der jeweiligen Gesellschaft, in der sie lebten, durch Bildung und Fleiß und Kreativität zu erwerben, aber auch sie waren immer wieder Verfolgungen und Pogromen ausgesetzt. Doch ihre Lebenswege beginnen sich unterschiedlich zu entwickeln. Sie sind unterschiedlichen Voraussetzungen unterworfen. Für jüdische Menschen gibt es nach und nach in den meisten Ländern eine rechtliche Gleichstellung. Die Sinti und Roma sind Verfolgung, Diskriminierung und Entrechtung andauernd ausgesetzt, auch heute noch, trotzdem sie die Staatsangehörigkeit des Landes haben, in dem sie oft seit Jahrhunderten leben. (In der NS-Zeit wurden sie dann auch noch oft für staatenlos erklärt.)

Dann kam die Zeit von 1933 bis 1945, in der die Nazis begannen, alle Menschen zu verfolgen, die nicht in ihr Weltbild passten. Erst durch die Nazi-Barbarei wurden beide Menschengruppen wieder angeglichen, der Verfolgung und Entrechtung preisgegeben. Das Ziel war die endgültige Vernichtung in den Konzentrations- und Vernichtungslagern.

Es begann schleichend. Um zu testen, wie die Mehrheits-Bevölkerung damit umgehen würde, begann die Entrechtung der jüdischen Bevölkerung Stück für Stück, es wurde ausgelotet, wie weit sie jeweils gehen konnten. Da viele jüdische Bürger in der Gesellschaft gut integriert waren, konnte man sie nicht so einfach aus dem Weg räumen. Deshalb fand die Entrechtung, Diskriminierung und Enteignung zuerst schleichend statt, bis sie zum Testpogrom vom 9. November 1938 führte. Danach waren die Nazis sich sicher, dass die Bevölkerung ihr Handeln akzeptierte und der Krieg nahm vielen die Fluchtmöglichkeiten.

Bei den Sinti und Roma war die Situation anders. Diese Menschen waren sowieso immer Fremde geblieben, nicht hoch angesehen. Da brauchten die Nazis sich nicht rückversichern, die Verfolgung ging von Anfang an ganz offen von statten und die deportierten Sinti und Roma mussten z. B. das Lager Belzec unter unmenschlichen Bedingungen für die Nazis aufbauen, damit später dort der Mord an den europäischen Juden durchgeführt werden konnte. Die Aufarbeitung der Geschichte der beiden Verfolgtengruppen nach 1945 ist ein langer und steiniger Weg – bis heute. Die jüdischen Menschen haben

wieder einen so genannten, aber wie wir wissen, sehr wackeligen „Platz“ in der Gesellschaft gefunden. Die Sinti und Roma kämpfen wie eh und je gegen Diskriminierung und Entrechtung und um ihren „Platz“.

Frieda Larsen

Anlässlich der Internationalen Wochen gegen Rassismus vom 14. bis 27. März 2011 haben der Zentralrat und das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma, PRO ASYL und der Interkulturelle Rat das sehr informative Flugblatt „Was Sie schon immer über Zigeuner Sinti und Roma wissen wollten“ herausgegeben. Im Internet unter: www.internationale-wochen-gegen-rassismus.de/wp-content/uploads/11_02_09_BD_IKR_Sinti_Roma_Druckvorlage.pdf

Weitere Informationen gibt es auch beim Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg: www.sintiundroma.de.

Was Sie schon immer über
Zigeuner
Sinti und Roma wissen wollten ...



 Dokumentations- und Kulturzentrum
Deutscher Sinti und Roma

... und immer wieder Ghettorente

Über die Ghettorente ist im Mitteilungsblatt bereits berichtet worden. Elsa hatte uns umfassend über die Auswirkungen des Urteils des Bundessozialgerichts 2009 informiert und wir hatten entsprechende Informationsbriefe in verschiedenen Sprachen an Organisationen weitergeleitet, die mit möglichen Anspruchsteller_innen zusammenarbeiten.

Aber das Thema bleibt für uns aktuell: Der Landesverein der Sinti in Hamburg hat sich an uns gewandt, weil er sich bei der Beratung seiner während des Nationalsozialismus verfolgten Mitglieder zur Erlangung einer Zahlung nach einer Sonderregelung der Ghettorente in nahezu kafkaesken Verstrickungen wiederfand.

Hinter der sperrigen Formulierung „Neufassung der Richtlinie der Bundesregierung über eine Anerkennungsleistung an Verfolgte für Arbeit in einem Ghetto, die keine Zwangsarbeit war und bisher ohne sozialversicherungsrechtliche Berücksichtigung geblieben ist, vom 1. Oktober 2007 / Anerkennungsrichtlinie vom 20. Juli 2011“ verbirgt sich eine im Kern und in der Idee richtige und dringend notwendige Regelung. Diejenigen Menschen, die in der Zeit nach der Verfolgung keine weiteren Berufstätigkeiten, die eine Einzahlung in die Rentenversicherung beinhalten, ausgeübt haben – z. B. Freiberufler, Gewerbetreibende, Selbständige –, erhalten überhaupt gar keine Altersrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Da aber die Ghettorentenregelung darauf angelegt ist, Verfolgten eine höhere Rente innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung zu ermöglichen, gehen Nichtrentenbezieher_innen leer aus. Um diesen Menschen trotzdem die vom Gesetzgeber beabsichtigte Anerkennung in Form einer finanziellen Besserstellung zukommen zu lassen, schuf man die Möglichkeit der Zahlung einer einmaligen „Anerkennungsleistung“ in Höhe von 2.000,- EUR. Doch ebenso wie die Anerkennung von Arbeitszeiten im Ghetto für die reguläre Altersrente muss diese „Anerkennungsleistung“ begründet beantragt werden.

Da vor allem für die Sinti und Roma, die den nationalsozialistischen Massenmord überlebt hatten, nach 1945 die gesellschaftliche Missachtung und Ausgrenzung ungebrochen fort dauerte und kaum ein Angehöriger dieser Gruppe Zugang zu einer regulären Anstellung mit Rentenversicherungspflicht erhielt, zählen auch die noch lebenden Hamburger Sinti, die 1940 nach Belzec deportiert worden waren, zu den Berechtigten der „Anerkennungsleistung“. Auf ein entsprechendes Anschreiben von drei Überlebenden der Deportationen – unter ihnen auch unser Gast der letzten November-Veranstaltung, Rigoletto Weiß – an das zuständige „Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen“ mit Sitz in Bonn, erhielten sie einen umfangreichen Fragebogen, den auszufüllen von Menschen zu verlangen, die durch die Deportation von der Schulbank weg um ihre

Schulbildung und Jugend betrogen worden sind, schon eine Zumutung darstellt. Die Fragebögen wurden nach bestem 70 Jahre zurückliegendem Wissen und Gewissen ausgefüllt zurückgesandt und sämtlich abgelehnt. Der Landesverein übernahm es, für seine Mitglieder Widersprüche einzulegen und darauf hinzuweisen, dass das Verfolgungsschicksal des Familienverbands Weiß umfassend und belegbar dokumentiert ist und es also von wenig Kenntnis der Materie und noch weniger Feingefühl gegenüber den Opfern der Verfolgung zeugt, wenn einzelnen Mitgliedern der Familie nun Details abverlangt werden, an die sich kaum jemand zu erinnern vermag, wenn sie nur wenige Jahre zurückliegen.

Über die mehr als einjährige Bearbeitungszeit der Anträge und Widersprüche verstarb eine der Antragstellerinnen, ohne diese zumindest symbolische Anerkennung des ihr und ihrer Familie zugefügten Leids zu erhalten.

Als dann endlich den Widersprüchen wortreich begründet stattgegeben wurde und die „Anerkennungsleistung“ hätte ausgezahlt werden können, bestand das Bundesamt – trotzdem bereits den ersten Schriftwechseln beglaubigte Kopien der Ausweise beigefügt werden mussten – darauf, dass die beiden noch lebenden Antragssteller_innen ihre Personalausweise verlängern lassen und erneut in Kopie einreichen müssen, da die Ausweise während der Zeit der Widerspruchsbearbeitung abgelaufen sind ...

Dem Schreiben, in dem das Bundesamt die Kopien erhielt, fügte der Landesverein ein Schreiben des Ausschwitz-Komitees bei, in dem es unter anderem nach der Schilderung des skandalösen Sachverhalts heißt:

„Bei allem Verständnis für die formalen Notwendigkeiten erscheint es wenig feinfühlig und Ihrer Aufgabe der Sachbearbeitung einer ganz besonderen Zielgruppe völlig unangemessen, eine 84jährige Frau zu nötigen, kurzfristig die Meldebehörde aufsuchen zu müssen.

Anhand des Widerspruchs sollte ausreichend deutlich geworden sein, dass die Angehörigen der Gruppe der Sinti und Roma aufgrund der Erfahrung fort dauernder Ausgrenzung und Missachtung auch nach der Befreiung kaum Verständnis dafür aufbringen können, dass die ohnehin mehr symbolische Anerkennung ihres Leides nunmehr mit Formalia weiter hinausgezögert und damit entwertet wird.

Im Interesse der wenigen noch lebenden Angehörigen der Verfolgtengeneration bitten wir Sie, zukünftig beim

Umgang mit Verfolgten und ihren Angehörigen die aus der deutschen Geschichte eigentlich selbstverständlich abzuleitende Sensibilität gegenüber den Opfern von, auch behördlicher, Willkür an den Tag zu legen.“

Und nicht, dass das nicht reichte, unter der Überschrift „Abgeschrieben“ druckt die „Junge Welt“ vom 9. August 2011 eine Erklärung der innenpolitischen Sprecherin der Fraktion Die Linke im Bundestag, Ulla Jelpke, zu einer Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage zum Rentenbetrug an jüdischen Nazi-Opfern ab:

„Zehntausende jüdische Nazi-Opfer werden weiterhin um mehrere Jahre ihres Rentenanspruchs betrogen. Jüdische Überlebende des Holocaust, die in Ghettos gearbeitet haben, haben einen Anspruch auf Rentenzahlungen. Ein im Jahr 2002 verabschiedetes Bundesgesetz sah vor, daß diese Zahlungen rückwirkend ab dem Jahr 1997 vorzunehmen sind. Bei den allermeisten Betroffenen wird die Rente aber erst rückwirkend zum Jahr 2005 ausgezahlt.

In den ersten Jahren der Regelung waren 56.750 Rentenanträge abgelehnt worden – mit dem perfiden Vorwand, die Ghattobewohner hätten ‚nicht freiwillig‘ gearbeitet und keine Bezahlung erhalten. Die inhumane Praxis wurde erst 2009 vom Bundessozialgericht gekippt, das festlegte, auch Tätigkeiten, die nur mit Lebensmitteln entlohnt worden waren, müßten in die Rentenberechnung einfließen.

Nach diesem Urteil wurden alle früheren Ablehnungsbescheide überprüft und in fast der Hälfte der Fälle in Bewilligungen umgewandelt. Doch unter Berufung auf ‚die im allgemeinen Sozialrecht geltende Rückwirkung von vier Kalenderjahren‘ wird ihnen die Rente nicht, wie vom Gesetz ursprünglich gewollt, rückwirkend ab 1997, sondern erst ab 2005 gewährt – vier Jahre vor dem Bundessozialgerichtsurteil. Das bedeutet: Die ursprünglich fehlerhafte Entscheidungspraxis der Rentenversicherer wird nun den Ghetto-Rentnern zur Last gelegt. Sie werden um bis zu acht Jahre Rentenanspruch betrogen. Die Bundesregierung deckt diesen Betrug und verkauft ihn sogar noch als großartige humanitäre Leistung: Rechtlich möglich wäre auch gewesen, überhaupt nichts rückwirkend zu bezahlen, so ihre Ausführungen. Ich fordere die Bundesregierung auf, sofort dafür zu sorgen, daß die hochbetagten Nazi-Opfer ihren vollen Rentenanspruch erhalten. Dabei ist höchste Eile geboten. Über die Hälfte der nachüberprüften Fälle kann schon jetzt nicht mehr beschieden werden, weil beispielsweise die Betroffenen verstorben sind und kein Rechtsnachfolger bekannt ist.“

Wir schließen uns dieser Forderung an!

Moritz Terfloth



*„Doch dem Kreuz dort auf dem Laken
Fehlen heute ein paar Haken
Da man mit den Zeiten lebt
Sind die Haken überklebt.“*

(Bertolt Brecht aus „Der anachronistische Zug“)

Deutschland fordert Immunität für NS-Kriegsverbrechen

Ein Kommentar zum Fall Deutschland ./.. Italien vor dem Internationalen Gerichtshof

Der Internationale Gerichtshof in Den Haag verhandelte vom 12. bis zum 16. September 2011 öffentlich über eine Klage Deutschlands, die zum Ziel hat, Entschädigungsansprüche von griechischen und italienischen NS-Opfern auszuhebeln. Dieser Prozess ist nicht nur für alle Opfer von NS-Verbrechen von großer Bedeutung, er wird auch Auswirkungen auf Schadensersatzansprüche von Überlebenden heutiger Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit haben.

Als am Montag, den 12.9.2011, die mündliche Verhandlung im Fall Deutschland ./.. Italien vor dem IGH mit den Plädoyers der deutschen Delegation begann, wählte man sich in einem Bühnenstück, bei dem die Rollen vertauscht schienen. Deutschland nahm die Rolle des Opfers ein, das sich völlig zu Unrecht von der italienischen Justiz in die Enge gedrängt und nun zum Gegenangriff genötigt sieht. Doch nicht um die Einsparung schnöden Mammons gehe es hier vor dem höchsten Gericht der Welt, sondern, glaubt man den Bekundungen der juristischen Vertretung Deutschlands, um nicht weniger als um Bewahrung der Völkergemeinschaft vor vielerlei Unbill. Italiens oberster Gerichtshof, so die deutsche Seite, habe durch seine Rechtsprechung das internationale Recht verletzt und Deutschland sei angetreten, diesem wieder Geltung zu verschaffen. Anderenfalls drohe die Nachkriegsordnung zusammen zu brechen, würde das komplexe Regelwerk der internationalen Gemeinschaft erodieren, brächen Chaos und Anarchie aus. Kurz: Deutschland nimmt für sich in Anspruch, den Frieden in der Welt zu retten.

Warum dreht Deutschland in Den Haag ein solch großes Rad? Seit Jahrzehnten verweigern bundesdeutsche Regierungen den Opfern von NS-Verbrechen in ehemals von Nazi-Deutschland besetzten Ländern Entschädigungsleistungen. Die Überlebenden der Massaker von Distomo, Kalavryta, Civitella oder Marzabotto ... haben wie die meisten anderen Opfer von NS-Verbrechen niemals vom deutschen Staat eine Entschädigung erhalten.

Dies gilt auch für viele ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. Klagen vor deutschen Gerichten blieben erfolglos. Griechische und italienische Gerichte bestätigten hingegen die Ansprüche der Opfer.

Der Kassationshof in Rom erklärte bereits im Jahr 2004 die Klage eines ehemaligen NS-Zwangsarbeiters (Ferrini) für zulässig und die italienischen Gerichte für zuständig. Im Juni 2008 ermöglichte er die Zwangsvollstreckung gegen deutsches Eigentum in Italien im Fall Distomo und erkannte entsprechende Urteile griechischer Gerichte als rechtmäßig und vollstreckbar an. (Dies führte unter anderem zur Pfändung der im deutschen Eigentum befindlichen Villa Vigoni am Comer See). Die Bundesregierung missachtet diese Entscheidungen.

Deutschland erhob am 23. Dezember 2008 Klage gegen Italien vor dem Internationalen Gerichtshof, um endgültig alle Entschädigungsprozesse und Vollstreckungsmaßnahmen jetzt und für die Zukunft zu stoppen. Die Bundesregierung versucht, den Internationalen Gerichtshof dafür zu missbrauchen, die Ansprüche der Opfer von NS-Verbrechen weiter zu torpedieren und die Unabhängigkeit der italienischen Gerichte außer Kraft zu setzen. Angeblich habe die italienische Justiz die Staatenimmunität Deutschlands nicht beachtet.

Der Einwand der Staatenimmunität ist auch das zentrale juristische Argument, welches Deutschland als Allzweckwaffe einsetzt, um sich gegen Klagen im Ausland abzuschotten. Auf die eigene Justiz kann sich die Bundesrepublik verlassen, diese entscheidet im Zweifel zugunsten der Staatsräson und zum Schutze des deutschen Haushalts. Doch ausländische Gerichte reagieren nicht immer wie gewünscht auf Druck aus Berlin. Besonders unbotmäßig zeigte sich der Kassationshof in Rom. Dieser wagte es, Deutschland die Staatenimmunität in Fällen von „Verbrechen gegen die Menschheit“ abzusprechen, die Nazi-Deutschland begangen hat. Hierzu zählen auch jene Hunderte von Massakern, die

deutsche Besatzungstruppen an der Zivilbevölkerung besetzter Länder begingen.

Die deutsche Delegation erklärte im Gerichtssaal, dass man ja versucht habe, die italienische Regierung dazu zu bewegen, eine Umkehr bei der italienischen Justiz zu bewirken. Doch leider habe die sich auf die Unabhängigkeit ihrer Gerichte berufen. Deutschland reklamiert also die Unantastbarkeit seiner staatlichen Souveränität, während es gleichzeitig alles unternimmt, die Souveränität Italiens und seiner Justiz zu unterlaufen: Eine Verkehrung der Tatsachen!

Mit der Klage in Den Haag versucht Deutschland nun, den Internationalen Gerichtshof dafür zu instrumentalisieren, sich von Zahlungsverpflichtungen ein für alle mal zu befreien. Der Prozess hat aus deutscher Sicht den Vorteil, dass die Opfer und damit auch deren anwaltliche Vertretungen nicht beteiligt sind. So bleibt man von den Nadelstichen verschont, welche die griechischen und italienischen Davids dem deutschen Goliath immer wieder beigebracht hatten. Seit 16 Jahren kämpfen die Überlebenden und Angehörigen der Opfer gegen einen scheinbar übermächtigen Gegner, der es in der Vergangenheit immer wieder schaffte, juristische Erfolge mit dem politischen und ökonomischen Übergewicht einer europäischen Supermacht außer Kraft zu setzen.

Und so hoffte Deutschland vermutlich darauf, dass die italienische Regierung, welche sich unter freiwilligem Druck auf den Prozess in Den Haag einließ, kein allzu ernsthafter Gegner sein würde. Doch ganz ging die Rechnung nicht auf. Die italienische Delegation ließ die Attacken der Deutschen gegen die italienische Justiz vom Montag nicht unbeantwortet. Auf den politischen Generalangriff der Deutschen folgte am Dienstag, den 13.9., eine dezidierte Darstellung der Säumnisse Deutschlands bei der Entschädigung von NS-Opfern und die hieraus folgenden Konsequenzen. Hatten die deutschen Vertreter noch versucht, die Entschädigungsfrage aus dem Prozess herauszuhalten, so legten die Italiener den Finger in die Wunde. Deutschland habe die Opfer von Kriegsverbrechen nicht entschädigt. Eine Entschädigungspflicht für die von Nazideutschland begangenen Verbrechen, so die italienischen Juristen, sei aber ein zwingendes Gebot des Internationalen Rechts. Daher konnte der Kassationshof in Rom auch gar nicht anders, als den Grundsatz der Staatenimmunität einzuschränken, anderenfalls hätte er die Rechte der Opfer und damit ein widerstreitendes und höherrangiges Rechtsprinzip verletzt.

Deutschland, so die Argumentation der italienischen Delegation, verletze bis heute das Internationale Recht, weil es seiner Entschädigungspflicht nicht nachkomme.

Ein Vorwurf, der für wütende Gegenangriffe der deutschen Delegation am Donnerstag, den 15.9., sorgte. Deutschland habe Milliarden für die Entschädigung von NS-Opfern gezahlt, Deutschland habe Reparationen geleistet und einen Großteil seines Territoriums abgetreten. Der Geist des „Schlusstrichs“ waberte durch den Gerichtssaal. Die Mühe, sich mit der Frage auseinander zu setzen, welche Opfergruppen bis heute ohne Entschädigung geblieben sind, machte man sich nicht. Stattdessen folgte die kaum verhohlene Drohung: Wenn die NS-Opfer sich hier durchsetzen würden, dann könnten ja auch z. B. die deutschen Opfer des alliierten Bombenkriegs die Frage neu aufwerfen, ob hier ein Kriegsverbrechen vorlag und Entschädigung fordern. Das, so will man suggerieren, könne der Gerichtshof doch nicht ernsthaft wollen.

Dass es Deutschland auch darum geht, für die eigenen Kriegsverbrechen der Gegenwart und Zukunft nicht in die Haftung genommen zu werden, war nicht Gegenstand der Verhandlung. Darauf hinzuweisen, blieb der Protestkundgebung zu Beginn der Verhandlung vor dem Gerichtshof vorbehalten.

Am Freitag, den 16.9.2011 endete die Verhandlung. Wann ein Urteil gesprochen wird, blieb offen, in welche Richtung der Gerichtshof tendiert, ebenfalls. Allerdings deuteten die Abschlussfragen einiger Richter darauf hin, dass die Frage der Staatenimmunität nicht völlig isoliert betrachtet werden wird. Es scheint, das Gericht werde die Frage der Entschädigung und den Konflikt widerstreitender Normen nicht gänzlich ausblenden. Zu hoffen ist, dass sich der IGH für die Rechte der Opfer und Überlebenden entscheidet. Nur so kann Deutschland gezwungen werden, seine Verpflichtungen zu erfüllen.

Setzt sich Deutschland mit seiner Position durch, würde dies bedeuten, dass es auch in Zukunft nicht befürchten müsste, durch Opfer von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit zur Rechenschaft gezogen zu werden. Dies wäre ein Rückfall hinter die Prinzipien von Nürnberg, die eine Ächtung von Verbrechen gegen die Menschheit und eine Sanktionierung beinhalten. Die Entscheidung des IGH wird somit weitreichende Auswirkungen für die Frage von Krieg und Frieden haben.

AK-Distomo – Hamburg, den 21.9.2011

Originaldokumente: www.icjci.org/docket/index.php?p1=3&p2=3&k=60&case=143&code=ai&p3=2

Ansprache von Esther Bejarano auf der Trauerfeier am 2. September 2011 in Weil am Rhein

Jutta Pelz-Bergt (1924–2011)



Jutta Pelz Bergt, Foto: Privatbesitz

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich versetze mich in die Zeit als ich 16 Jahre alt war. Das war 1941. Damals hatten die Nazis sämtliche Vorbereitungslager zwecks Auswanderung nach Palästina geschlossen und alle Jugendlichen aus Ahrensdorf in der Nähe von Berlin in das Zwangsarbeitslager Neuen-dorf bei Fürstenwalde/Spree verbracht. In Neuen-dorf befand sich eine andere Jugendgruppe, zu der auch Jutta gehörte. Dort also habe ich Jutta kennen gelernt. Nach zwei Jahren Zwangsarbeit wurden alle Jugendlichen am 20. April 1943 in Viehwaggons nach Auschwitz-Birkenau deportiert. Dort wurden wir in Arbeitskolonnen eingeteilt. Während ich schwere Steine schleppen musste, wurde Jutta ins Stabsgebäude eingeteilt, wo sie sich mit anderen Freundinnen um die Kleidung der SS kümmern musste. Waschen, bügeln, flicken, usw.

Das war ein Glück für die Mädels, die alle etwa 18 Jahre alt waren und eine bevorzugte Arbeit hatten. Sie wohnten im Stabsgebäude, konnten dort duschen, sich sauber halten, wovon wir anderen Häftlinge nur träumen konnten.

Ich hatte keinen Kontakt mit Jutta in Auschwitz-Birkenau. Während ich im November 1943 von Auschwitz nach Ravensbrück in das schreckliche Frauenkonzentrationslager verbracht wurde, das damals noch kein Vernichtungslager war, mit noch 70 Frauen, sogenannten Mischlingen, die laut Nazigesetz in keinem Vernichtungslager sein durften, hat Jutta noch lange in Auschwitz ausharren müssen, bis sie dann in das Nebenlager von Ravensbrück, Neustadt-Glewe, mit einigen Freundinnen gebracht wurde. Dort wurde sie am 2. Mai befreit.

Lange Zeit ist vergangen, ich wusste nicht, ob Jutta überlebt hatte. Anfang der 80er Jahre schrieb Günther Schwarberg eine Reportage über mich im „Stern“. Jutta las über mich, bat den „Stern“, ihr meine Adresse zu geben. Ich weiß nicht mehr, ob sie mir schrieb oder mich anrief. Jedenfalls kamen wir so wieder in Kontakt. Wir telefonierten sehr oft miteinander. Ich bat sie dann, mich mal nach Ravensbrück oder zu einer Tagung der Lagergemeinschaft Ravensbrück zu begleiten. Sie besuchte mich in Hamburg gemeinsam mit ihrem Mann Günther Bergt und ich fuhr mehrmals nach Weil am Rhein, um sie zu besuchen. Ich konnte mich stundenlang mit ihr unterhalten. Sie war eine kluge Frau, und ich bin sicher, dass die jungen Frauen, die sie öfter besuchten, viel von ihr gelernt haben.

Nun schlägt Juttas Herz nicht mehr. Wir stehen hier auf dem Friedhof in Weil am Rhein, um ihr die letzte Ehre zu erweisen. Eines ist hier sicher, liebe Jutta. Wir werden Dich nie vergessen. Das Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland ist sehr traurig über den großen Verlust einer seiner Zeitzeuginnen.

Ruhe in Frieden – sagt Dir Deine Freundin Esther.